

N i e d e r s c h r i f t

über die 63. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen

und Digitalisierung

am 17. Januar 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. De-Industrialisierung stoppen - Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5309](#)

Anhörung

- *IHK Niedersachsen* 3
- *DGB Niedersachsen, Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*
IG Metall, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt..... 14
- *Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.*
auch für den Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. 24

2. Terminangelegenheiten

- a) *Vorschläge für auswärtige Sitzungen* 34
- b) *Besuch der Hannover Messe 2025*..... 34

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Stefan Klein (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Matthias Arends (SPD)
3. Abg. Christoph Bratmann (SPD)
4. Abg. Oliver Ebken (SPD)
5. Abg. Frank Henning (SPD)
6. Abg. Sabine Tippelt (SPD)
7. Abg. Uwe Schünemann (i. V. d. Abg. Uwe Dorendorf) (CDU)
8. Abg. Christian Frölich (CDU)
9. Abg. Reinhold Hilbers (CDU)
10. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU)
11. Abg. Colette Thiemann (CDU)
12. Abg. Stephan Christ (GRÜNE)
13. Abg. Heiko Sachtleben (GRÜNE)
14. Abg. Omid Najafi (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Schröder, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:30 Uhr bis 12:28 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

De-Industrialisierung stoppen - Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5309](#)

erste Beratung: 49. Plenarsitzung am 27.09.2024

federführend: AfWVBuD;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Anhörung

IHK Niedersachsen

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 4

Anwesend:

- *Monika Scherf, Hauptgeschäftsführerin*

- *Frank Hesse, Sprecher für Wirtschaftspolitik und Mittelstand*

Monika Scherf: Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses! Vielen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, dass wir uns hier heute in die Diskussion über das Thema De-Industrialisierung einbringen können. In der Tat zeigen alle unsere Umfragen, die wir als IHK Niedersachsen durchführen, dass die Situation in der Wirtschaft alarmierend ist. Das zeigen unsere Konjunkturumfragen: Der Konjunkturklimaindex ist im dritten Quartal 2024 deutlich abgesackt. Ich gehe davon aus - heute um 12 Uhr werden die aktuellen Ergebnisse vorgestellt -, dass die aktuellen Ergebnisse nicht anders ausfallen werden.

Unsere Umfrageergebnisse zeigen auch, dass 34 % der befragten Unternehmen - wir befragen regelmäßig 1 800 Unternehmen - die Lage als schlecht beurteilen. Wenn man fragt, wie sie glauben, dass es in der Zukunft weitergehe, sagen 41 %, dass sie mit einer weiteren ungünstigen Entwicklung rechneten.

In einer weiteren Umfrage zur Bewertung des Standortes Niedersachsen, die wir im zweiten Halbjahr 2024 durchgeführt haben, zeigt sich auch, dass der Standort Niedersachsen schlechter als noch vor fünf Jahren bewertet wird, als wir diese Befragung zum letzten Mal durchgeführt hatten. Es zeigt sich auch, dass die Bewertung des Standortes seitens der Industrie noch einmal einen Tick schlechter ist als die Bewertung des Standortes seitens der Gesamtwirtschaft.

Insofern ist unsere Antwort auf die Frage „De-Industrialisierung?“, die hier zur Diskussion steht: Ja, wir sehen einen Trend zur De-Industrialisierung. Dazu passen auch die Daten, die eine weitere Befragung zeigt, wonach 67 % der Industrieunternehmen fürchten, am Standort Niedersachsen nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren zu können. Das sind alarmierende Zahlen.

Wir haben mit unserem Ehrenamt zwei Workshops durchgeführt und dabei sechs Handlungsfelder herausgearbeitet. Ich werde sie in aller Kürze vorstellen; Sie können das in unserem Impulspapier nachlesen:

- Wirtschaftsfreundlichere Politik und Verwaltung. Das heißt, wir wollen, dass die Wirtschaft als Teil der Lösung und weniger als Problem gesehen wird. Wir meinen auch, dass die Wirtschaft weniger reguliert und kontrolliert werden muss. Die Wirtschaft braucht mehr Beinfreiheit.
- Wir müssen den Fachkräftenachwuchs sichern. Bis Mitte der 30er-Jahre werden 16 Millionen Menschen aus der Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und nur 12 Millionen Menschen werden in den Arbeitsmarkt nachrücken. Da ist eine große Lücke.
- Wir müssen eine Energiewende mit verlässlicher Versorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen schaffen.
- Wir müssen Steuern und Abgaben senken und vereinfachen.
- Wir müssen Digitalisierung in Verwaltung und E-Government konsequent voranbringen.
- Wir müssen die Infrastruktur zukunftsfähig ausbauen, damit Niedersachsen Logistikdrehscheibe bleiben kann.

Das sind die sechs Handlungsfelder, auf die ich jetzt auch wegen meiner angeschlagenen Stimme nicht weiter eingehe.

Auf Basis dieser Handlungsempfehlung haben wir den vorliegenden Antrag bewertet. Dazu gebe ich jetzt das Wort an Herrn Hesse weiter.

Frank Hesse: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich gehe jetzt auf die Detailvorschläge der CDU ein, werde mich dabei allerdings auch sehr kurz fassen, damit wir Zeit zur Diskussion haben. Letztendlich liegt Ihnen unsere Stellungnahme vor.

Wir haben die einzelnen Maßnahmen abgeprüft und haben auch gespiegelt, wie sie zu unseren Positionen, die wir auf Bundesebene und auf Landesebene vertreten, stehen. Daran sehen Sie, dass unsere Bemerkungen zu dem Antrag fundiert sind und auf beschlossenen Positionen der Unternehmerschaft hier in Niedersachsen basieren.

Der erste Block im CDU-Antrag beleuchtet die Kostenseite, insbesondere Steuern und Energiekosten. Aus unserer Sicht ist das genau der richtige Hebel. Insbesondere bei den Energiekosten muss unbedingt etwas passieren. Niedersachsen ist ein Industrieland. Energieintensive Betriebe spielen hier eine große Rolle, und sie haben große Not, im internationalen Kontext wettbewerbsfähig zu sein, weil die Energiekosten zu hoch sind. Dabei spielen insbesondere die Systemkosten, also die Kosten des Netzausbaus und der Netzweiterleitung, eine sehr relevante Rolle. Diese Kosten müssen künftig anders finanziert werden. Es kann nicht sein, dass die Systemkosten für die Netze den Strompreis belasten und damit die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Betriebe tangieren.

Der Punkt I. 2 betrifft die Steuern. Auch die dazu erhobenen Forderungen sind aus unserer Sicht völlig richtig. Wir brauchen eine Reduzierung der Steuerbelastung. Üblicherweise sind das vor allem Bundesthemen, aber auch das Land hat dort Stellschrauben, beispielsweise indirekt bei

Gewerbsteuer oder auch Grundsteuer. Wir haben in der Vergangenheit häufig darauf hingewiesen, dass man den Anstieg der Gewerbesteuerhebesätze und auch der Grundsteuerhebesätze möglicherweise durch eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs reduzieren könnte; denn wir haben hier einen stetigen Trend nach oben. Niedersachsen ist in den letzten 15 Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich zurückgefallen, die Steuerlast der Niedersachsen bei Gewerbe- und Grundsteuer ist also stärker angestiegen. Das muss ein Ende haben.

Das gilt auch für die aktuelle Reform der Grundsteuer. Es ist bekanntlich Transparenz angemahnt worden und es ist sogar in das Gesetz geschrieben worden, dass Kommunen verpflichtet werden, aufkommensneutrale Hebesätze auszuweisen. Das ist hier in Niedersachsen erst sehr spät erfolgt. Andere Bundesländer waren da sehr viel schneller, Nordrhein-Westfalen beispielsweise hat schon vor einem halben Jahr ein Transparenzportal gehabt. Jetzt kleckert das so ein bisschen hinterher. Wir sehen viele Kommunen, die bei der Grundsteuerreform leider aufrunden. Das darf letztendlich auch nicht sein, weil das die Kostenbelastung der Betriebe erhöht.

Der zweite Block umfasst die Vorschläge 5 bis 9 des CDU-Antrags. Sie betreffen in allererster Linie das Thema Bürokratie. Auf dem Gebiet macht das Land auch einiges. Dafür ist sicherlich auch Lob für das Land fällig. Die Kompetenzen der Clearingstelle beispielsweise sind ausgeweitet worden, sodass sie nicht mehr nur für neue Gesetze, sondern auch für bestehende Gesetze zuständig ist. Das ist grundsätzlich genau richtig. Dennoch müssen die Prozesse einer relativ genauen Betrachtung unterzogen werden, was überhaupt passiert, wenn Vorschläge zu Bürokratieabbau unterbreitet werden. Hierzu will ich ein Beispiel nennen, das relativ unverdächtig ist, weil es gar nicht aus unserem Bereich, sondern aus dem kommunalen Bereich kommt. Der Abgeordnete Frank Henning wird hierüber etwas genauer als ich Bescheid wissen. Die Stadt Osnabrück hat vor einem Jahr, im Februar 2023, der Stabsstelle Bürokratieabbau Vorschläge zum Bürokratieabbau vorgelegt. Diese hat die Vorschläge zuständigkeitshalber an das Sozialministerium weitergeleitet, und seitdem liegt das Papier dort. In der Sache ist eine Eingangsbestätigung an die Stadt gegangen, und ansonsten ist dazu nichts passiert. - So funktioniert natürlich Bürokratie überhaupt nicht!

Man muss sich in dem Zusammenhang auch die Frage stellen, ob man wirklich immer so viel Steuerung im Detail, also Mikrosteuerung, braucht. Das Land hat beispielsweise das Niedersächsische Baugesetz novelliert. Das ist grundsätzlich richtig. Es gibt beispielsweise eine Genehmigungsfiktion. Diese Genehmigungsfiktion gilt aber im Wesentlichen nur für den privaten Wohnungsbau und nicht für den gewerblichen Bereich. Angesichts dessen muss man sich doch fragen, ob auch eine stärkere Unterstützung der Betriebe hilfreich wäre. Entscheidend ist letztlich nicht, dass wir alles im Gesetz geregelt haben, sondern entscheidend ist doch, was im Kleingedruckten steht. Häufig sind die Durchführungsverordnungen das Entscheidende. Sie enthalten die für die Praxis ausschlaggebenden Regelungen. Ich frage mich, ob es Durchführungsverordnungen braucht, in denen die Einrichtung von Gender-Toiletten klitzeklein vorgeschrieben sein muss. Ich meine, dass es nicht im Sinne von Bürokratieabbau ist, wenn so etwas in Mikrosteuerung geregelt wird.

Der dritte Block betrifft das Arbeitskräfteangebot. Anreize für Arbeit müssen erweitert werden. Das ist exakt auch unsere Position. Es gibt dazu ein Positionspapier der DIHK, die genau das - eine stärkere Flexibilisierung gerade auch im Arbeitsrecht - einfordert. Es braucht nicht zwingend eine maximale Tagesarbeitszeit, eine maximale Wochenarbeitszeit würde es auch tun. Dann

könnten die Beschäftigten in ihrem eigenen Sinne Arbeitszeit so organisieren, wie sie es brauchen. Insofern führen Sie sich gerne noch einmal die Position der DIHK dazu vor Augen.

Der letzte Block, den ich anspreche möchte, betrifft die landesbezogenen Vorschläge der CDU. Zwei Anmerkungen dazu:

Digitalisierung. Volldigitalisierung ist völlig richtig. Hier ist sicherlich noch Luft nach oben. Gestatten Sie mir, auch hierzu ein Beispiel anzuführen: Ausländerbehörden in den Kommunen sind teilweise personell überlastet, weswegen die Prozesse da andauern. Deswegen ist es ein richtiger Schritt, dass das Land hier eine zentrale Behörde einrichtet. Es braucht aber auch auf der kommunalen Ebene stärkere Digitalisierung. Es gibt dort auch Pilotprojekte. In Lingen beispielsweise wird die Ausländerbehörde gerade durchgehend digitalisiert. Ich meine, dass solche Pilotprojekte modellhaft ausgebaut und unterstützt werden und dann über das gesamte Land ausgerollt werden könnten, damit auf dem Gebiet eine Beschleunigung stattfindet.

Der letzte Aspekt, auf den ich eingehen möchte, betrifft die Standortpolitik. Das ist der Punkt II. 5 des CDU-Antrags. Wer sich vergegenwärtigt, wie Standortmarketing hier in Niedersachsen betrieben wird, und es mit anderen Bundesländern vergleicht, der stellt fest, dass das hier in Niedersachsen nicht so gut wie in anderen Bundesländern funktioniert. Ich nenne in diesem Zusammenhang Beispiele wie Bayern International, wie NRW.Global Business oder die Kampagne „THE LÄND“ in Baden-Württemberg. Auch in dieser Hinsicht ist hier definitiv Luft nach oben. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass das Standortmarketing hier in Niedersachsen mit Kraft voran gebracht wird. Denn letztendlich ist es doch unser gemeinsames Bestreben, dass wir Niedersachsen wieder ganz nach vorne bringen und Niedersachsen auf die vorderen Plätze gehört.

Abg. **Volker Sachtleben** (GRÜNE): Herr Hesse, an einem Punkt haben Sie mich getriggert, obwohl wir bei vielen Punkten im Ansatz beieinander sind. Das gilt gerade im Hinblick auf die NBauO. Das ist ein Brocken, der abgeschichtet angegangen werden muss. Deswegen haben wir, um Impulse zu setzen, uns die private Wohnungsbausituation vorgenommen. Ich bin völlig bei Ihnen, dass wir uns beim nächsten Schritt oder bei einem der nächsten Schritte auch den gewerblichen Bau anschauen müssen.

In einem Punkt aber möchte ich Ihnen nachdrücklich widersprechen. Ich meine Ihre Aussagen zur Wochenarbeitszeit oder zu den Monatsarbeitszeiten. Ich komme aus der Event- und Veranstaltungswirtschaft. Es wäre mir ein Leichtes gewesen, meine Mitarbeiter ihre Wochenarbeitszeit von Freitagabend bis Sonntagmittag erledigen zu lassen. Deswegen bin ich - auch im Sinne der Arbeitnehmer*innen - sehr froh, dass wir Tagesarbeitszeiten und, was vor allen Dingen wichtig ist, Tagesruhezeiten haben. Denn ohne die notwendigen Ruhezeiten zwischen den Einsätzen könnte gerade in dieser Branche - aber ich könnte auch noch einige andere Branchen nennen - fast durchgehend gearbeitet werden. Deswegen ist das ein Punkt, bei dem wir nichts verändern wollen.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Frau Scherf und Herr Hesse, vielen Dank für die vielen unterstützenden Mitteilungen, die wir in der schriftlichen Vorlage bekommen haben, und die mündlichen Aussagen von heute. Sie zeigen uns, dass wir mit dem, was wir hier aufgegriffen haben, richtig liegen.

Ich möchte zu einigen Punkten konkreter nachfragen. Beim Thema Standortmarketing haben

Sie ein paar Begriffe genannt, unter anderem die Initiative „THE LÄND“. Es gab bekanntlich schon einmal einen Nord-Süd-Dialog. Werden solche Gesprächsformate wieder interessant, beispielsweise dass sich Länder, in denen Automobilproduktion oder Technologie ansässig sind oder in denen es besondere, beispielsweise energieintensive, Industrieregionen gibt, zusammentun? Bitte erläutern Sie, ob Sie damit strategische Ketten oder einfach nur eine Ausweitung oder Förderung des kommunalen Flächenmanagements und der Wirtschaftsförderung meinen.

Die Nord/LB hat vor einigen Tagen eine Prognose veröffentlicht, wonach Niedersachsen von diesem Einbruch stärker als andere Bundesländer betroffen ist. Das Research der Nord/LB stuft die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen eher noch ein bisschen schwieriger ein, als sie bundesweit ist. Teilt die IHK diese Auffassung? Sind Sie der Auffassung, dass wir als Bundesland darauf in einer besonderen Art und Weise reagieren müssten?

Abg. **Omid Najafi** (AfD): Im vergangenen Jahr hat es bundesweit etwa so viele Unternehmensinsolvenzen gegeben wie in 2015. Wir haben vor einem halben Jahr die NBauO novelliert, und trotzdem ist die Baubranche weiterhin auf einem absteigenden Pfad. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie nach Ihrer Meinung bezüglich des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zu Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Wie stehen Sie zu grundlastfähigen Kraftwerken, sei es Kernkraft oder Kohlekraft? Das sind strukturelle Probleme, die aktuell bundesweit bestehen und nicht nur Niedersachsen betreffen. Deswegen frage ich Sie: Sind das nicht eher Themen, die auf Bundesebene angegangen werden müssten und auf die im Landesbereich weniger Einfluss genommen werden kann?

Frank Hesse: Ich habe mich gerade mit Frau Scherf verständigt. Ich versuche, die Fragen, die im ersten Durchgang gestellt worden sind, zu beantworten, und Frau Scherf wird ergänzen.

Ich beginne mit Ihren Fragen, Herr Najafi. Sie haben das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zu Recht angesprochen. Aus unserer Sicht ist es notwendig, gerade in diesem Bereich zu Entlastungen zu kommen. Aus unserer Sicht ist es auch sinnvoll, auf Bundesebene das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz auszusetzen - erst recht, weil demnächst ein europäisches Gesetz dazu ansteht, was übrigens schlimm genug ist. Es ist ja nicht positiv, dass dazu etwas auf europäischer Ebene geregelt wird. Deutschland sollte jedenfalls nicht schlechter gestellt werden als andere Länder in der EU, weil das schon in der EU unsere Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert. Wenn schon, dann sollte eine europäische Regelung geschaffen werden und diese Regelung dann möglichst auch betriebsnah und pragmatisch ausgestaltet werden, damit daraus keine überdurchschnittlich hohe Belastung entsteht.

Sie haben grundlastfähige Kraftwerke angesprochen. In der Tat ist bei Energiepreisen und Energieversorgung eine Ausweitung des Angebotes, in welcher Form auch immer, entscheidend. Wir müssen zu einer Ausweitung des Energieangebotes kommen, um die Preissituation hier in Niedersachsen zu verbessern.

Damit komme ich auch gleich zu dem Punkt, den Sie, Herr Hilbers, angesprochen haben. Sie sprachen davon, dass die Nord/LB festgestellt habe, dass Niedersachsen stärker betroffen sei. Aus meiner Sicht ist Niedersachsen tatsächlich stark industriell geprägt und auch gerade durch Grundstoffindustrien stark geprägt. Das ist schon auch ein Hinweis darauf, dass wir von der Energiekrise überdurchschnittlich betroffen sind. Niedersachsen hat auch Stahlhersteller, die stark

betroffen sind. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass gerade wir in Niedersachsen in diesen Bereichen zu Entlastungen kommen.

Sie haben das Standortmarketing angesprochen. Sie haben etwas Konkretisierung erbeten. Wir haben uns einmal den Internetauftritt angesehen. Da passiert momentan auch einiges. So ist unter Leitung des Teams von Frau Dr. Meincke das Standortmarketing gerade in der Überarbeitung. Was uns allerdings fehlt, ist eine Verknüpfung der Landesaktivitäten mit den Teilregionen. Wenn Sie die in den Internetauftritten der Bundesländer dargestellten Aktivitäten vergleichen, beispielsweise die hiesigen Aktivitäten mit denen in Baden-Württemberg oder Bayern, dann erkennen Sie, dass in letzteren anders verfahren wird. In diesen Ländern sind die Teilregionen viel stärker eingebunden. Das findet hier nur rudimentär statt. Aus unserer Sicht ist es wirklich wichtig, dass beim Standortmarketing die Teilregionen mitgenommen werden, die Teilregionen beworben werden und letztendlich auch zu einer durchgehenden Kommunikation mit den Teilregionen gefunden wird, gerade was Gewerbeflächenvermarktung angeht. Es hat bekanntlich den Versuch von Abfragen durch das Wirtschaftsministerium gegeben. Diese Abfragen sind im kommunalen Bereich gar nicht auf Gegenliebe gestoßen, weil das nicht vernünftig koordiniert war. Meines Erachtens ist beim Standortmarketing eine deutliche Verbesserung möglich, indem das Marketing des Landes viel stärker mit den Marketingaktivitäten der Teilregionen verknüpft wird. Ich hoffe, diese Erläuterung reicht Ihnen als Konkretisierung. Ansonsten stehe ich für weitere Auskünfte dazu natürlich auch gerne weiterhin zur Verfügung.

Hinsichtlich der Flexibilisierung der Arbeitszeit ist mir folgende Anmerkung wichtig: Es geht nicht darum, die Arbeitszeiten insgesamt auszudehnen. Deswegen haben wir in unserem DIHK-Positionspapier angesprochen, die maximale Tagesarbeitszeit zu lockern, aber die maximale Wochenarbeitszeit nicht anzutasten. Es geht darum, dass wir in dem Umfeld neuer Arbeitsformen und neuer Arbeitsorganisationen - Homeoffice, mobiles Arbeiten etc. - zu einer stärkeren Flexibilisierung idealerweise auch aus der Sicht der betroffenen Beschäftigten kommen. Es kann doch nicht sein, dass wir dort Grenzen auferlegen, obwohl sich Beschäftigte in einzelnen Bereichen mehr Flexibilisierung wünschen und diese Flexibilisierung nutzen könnten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser gewährleisten zu können. Aus diesem Grund meinen wir, dass ein bisschen mehr Eigenverantwortung der Beteiligten sinnvoll ist, und regen hierzu eine mäßige Flexibilisierung an. Wie gesagt, keine radikale Flexibilisierung, sondern eine mäßige Flexibilisierung.

Abg. **Frank Henning** (SPD): Wer Rückfragen stellt, konzentriert sich dabei immer auf die Dissense in den Stellungnahmen, also auf die Punkte, bei denen wir vielleicht nicht einer Meinung sind. Ich will deswegen vorweschicken: Einen Großteil Ihrer Ausführungen kann ich unterschreiben und teile ich. Deswegen finde ich auch viele Punkte des CDU-Antrags durchaus sympathisch. Er enthält viele Dinge, die ich unterschreiben könnte. Wenngleich mutet es manchmal etwas komisch an, wenn man sich überlegt, wie lange die CDU im Bund und im Land regiert hat und dass sie trotzdem heute so einen Antrag stellt. Denn alles das, was die CDU darin fordert, hätte in der Vergangenheit schon passieren können. Insofern enthält der Antrag eigentlich nicht viel Neues. Das alles hätte die CDU schon umsetzen können.

Ich habe eine Anmerkung und eine Frage zur Unternehmenssteuerreform. Sie haben in Ihren Ausführungen die CDU in ihrer Forderung unterstützt, indem Sie darauf hingewiesen haben, dass sich eine Unternehmenssteuerreform durch Absenkung auf 25 % - also Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer - auf die Unternehmen positiv auswirken würde. Bei allem Respekt: Das höre

ich von Ihnen und der IHK seit 30 Jahren. Mich interessiert, ob Sie nennenswerte wissenschaftlichen Untersuchungen haben, die Sie so sicher glauben lassen, dass eine Unternehmensteuerreform mit Senkung von Unternehmenssteuern tatsächlich zu wirtschaftlichen Impulsen führt, oder ob es nicht schlicht und einfach Mitnahmeeffekte sind. Ich verweise darauf, dass die Körperschaftsteuer zu Zeiten Helmut Kohls - der ist sozialistischer Umtriebe unverdächtig - ungefähr 50 % betragen hat. Jetzt liegt die Körperschaftsteuer noch bei 15 %. Insofern ist das, verglichen mit früheren Jahren, jetzt eine Minimalsteuer. Was macht Sie denn so sicher, dass eine Unternehmensteuerreform wirklich zu wirtschaftlichen Effekten führt? Meines Erachtens - das ist das Ergebnis meiner Lektüre von Untersuchungen und von geführten Gesprächen - haben die Unternehmen heutzutage ganz andere Probleme. Den Unternehmen liegt heute nicht die Körperschaftsteuer am Herzen - mit einem Steuersatz von 15 % ist sie eher eine Marginalsteuer -, sondern sie haben Fachkräfteprobleme. Die Unternehmen haben Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden, um den Betrieb überhaupt fortführen zu können. Insofern ist der Punkt der Unternehmensteuerreform aus meiner Sicht eher eine Marginalie. Meine konkrete Frage lautet: Woher nehmen Sie die Sicherheit, dass sich eine Steuersenkung wirtschaftlich auszahlt?

Ich habe eine zweite Frage. Sie haben auf der Seite 3 Ihrer schriftlichen Stellungnahme unter dem Stichwort Unternehmensteuerreform auch die Gewerbesteuer angesprochen. Was Sie dazu dargelegt haben, finde ich interessant. Sie führen aus:

„Eine Besonderheit stellt in Deutschland die Gewerbesteuer als Teil des Unternehmenssteuersystems dar. Diese sollte durch eine mit Hebesatzrecht für die Gemeinden ausgestattete kommunale Unternehmensteuer ersetzt werden.“

Meinen Sie damit möglicherweise das SPD-Konzept der Gemeindegewerbesteuer, die den Vorteil hätte, dass auch Freiberufler erfasst würden? An sich gibt es eine mit Hebesatz ausgestattete Gewerbesteuer ja heute schon. Aber wenn Sie eine kommunale Unternehmensteuer meinen, dann verweise ich darauf, dass es das Konzept der Gemeindegewerbesteuer gibt, deren Name schon klarstellt, dass nicht nur Gewerbetreibende, sondern - eine breitere Bemessungsgrundlage - auch Freiberufler erfasst werden, die ebenfalls von der Infrastruktur der Kommune profitieren.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD): Es ist deutlich geworden, dass es gewisse Schnittmengen gibt. Diese Schnittmengen will ich auch erst einmal voranstellen. Ich glaube, wir sind uns sowohl mit der CDU als auch mit Ihnen von der IHK einig, dass erhebliche Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen sind. Das gilt sowohl für die Verkehrsinfrastruktur, als auch für die digitale Infrastruktur und vor allem natürlich für die Energieinfrastruktur. Alles das haben Sie auch angeführt.

Wir sind uns sicherlich auch einig, dass Niedersachsen insbesondere den Weg der konsequenten Entbürokratisierung, der mit der Novellierung der Bauordnung und mit der Einrichtung der Clearingstelle begonnen worden ist, fortsetzen muss, dass aber auch auf Bundesebene in dieser Hinsicht wesentlich mehr passieren muss.

Wir sind uns des Weiteren einig, dass wir bei der Lösung des Fachkräfteproblems - das ist die Überleitung zu Bürokratie: Überbürokratisierung, insbesondere, was die Anerkennung ausländischer Abschlüsse angeht - besser werden müssen. Ich könnte noch das Thema Berufsorientierung anführen, was natürlich im Kulturbereich gelagert ist, aber auch hierbei eine entscheidende

Rolle spielt.

Beim Thema Finanzen - der Kollege Henning hat es schon angesprochen - wird es mit der Einigkeit schon schwieriger, weil dieser Antrag natürlich auch insofern ein klassischer Oppositionsantrag ist, als er fordert, dass wir stärker investieren und stärker entlasten, aber gleichzeitig hart sparen sollen. Das Thema „Reform der Schuldenbremse“ haben viele arbeitgebernahe Institute und viele Wirtschaftsweisen aufgeworfen. Sie sagen, dass es nicht darum gehe, jetzt unkontrolliert Schulden zu machen, sondern darum gehe, stärker zu priorisieren und vor allen Dingen zu differenzieren, ob mit Schulden Werte geschaffen werden, indem das Geld in die Infrastruktur investiert wird, oder ob Schulden für konsumtive Ausgaben gemacht werden. Ich bin interessiert an Ihrer Sichtweise. Das ist bekanntlich ein Thema im Bundestagswahlkampf. Ich habe den Eindruck, dass die Diskussion nicht ganz ehrlich geführt wird. Wir erleben, dass alle Parteien mehr Netto versprechen - und das in einer Zeit heftiger Krisen und in einer Zeit, in der andere Länder insbesondere ihre Industrien massiv unterstützen. Ich denke in dem Zusammenhang beispielsweise an die USA und an China. Ich meine, dass wir über Finanzierung sprechen müssen. Wir vertreten unter anderem die Position, dafür die Schuldenbremse zu reformieren. Hierzu möchte ich Ihre Meinung wissen.

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU): Ich versuche jetzt mal, wieder ein bisschen aus dem Wahlkampfgetöse herauszukommen und stattdessen in die Diskussion um den Inhalt des Antrags einzusteigen.

(Abg. Christoph Bratmann [SPD]: Das ist aber böse!)

- Nein, das ist überhaupt nicht böse! - Aber uns liegt hier ein konkreter Antrag vor. Natürlich kann man immer sagen, dass Antragsteller damals etwas anders hätten machen sollen oder etwas früher hätten umsetzen müssen. Ich würde mich freuen, wenn Sie das täten, was der Kollege Henning vorhin gesagt hat, nämlich einen Großteil der Forderungen zu unterstützen. Wir sind offen dafür, bei konkreten Änderungsvorschlägen vielleicht auch etwas Gemeinsames zu erarbeiten. Kommen Sie gerne auf uns zu! In der Vergangenheit haben wir leider immer erleben müssen, dass kurze Zeit später ein Antrag mit einer ähnlich lautenden Formulierung eingebracht wurde. Aber wir sind dankbar, dass wir dann zumindest der Ideengeber und der Impulsgeber waren.

Ich habe zwei Anmerkungen und möchte danach eine Nachfrage stellen. Auch ich möchte das Thema Arbeitszeit ansprechen und die Ansicht der IHK unterstützen. Ich war vorher sieben Jahre im Vertrieb eines international tätigen Automobilzulieferers beschäftigt. Meine Kollegen und ich, wir hätten uns darüber gefreut, wenn die Arbeitszeit flexibler gewesen wäre. Denn wenn Sie unterwegs sind, dann können Sie auch mehr arbeiten. Sie sind nicht im Ausland unterwegs, um dort die Freizeit zu genießen, sondern um zu arbeiten. Das entspricht dem Modell, das die Generation Y jetzt fährt, indem sie die Ansicht vertritt: Wenn es punktuell Schwerpunkte gibt, bin ich auch bereit, mehr zu tun, wenn ich an anderer Stelle den entsprechenden Ausgleich finden kann. - Von daher bin ich fest davon überzeugt, dass es uns allen guttun würde, hier mehr Eigenverantwortung zu wagen und es den Personen zu überlassen, wie die Arbeitszeitmodelle innerhalb eines gewissen gesetzten Rahmens - insoweit stimme ich Herrn Sachtleben zu -, was Maximalwerte angeht, ausgestaltet sind, aber insofern deutlich zu flexibilisieren.

Ich möchte auf den Punkt 2. a) „Wirtschaftsfreundlichkeit von Politik und Verwaltung Vorfahrt

geben“ eingehen. Sie schreiben dazu, dass die Landesregierung im Januar 2024 in ihrer Kabinettsklausur Verwaltungsvorschläge, Vereinfachungen und Beschleunigungen beschlossen habe und dass der „Fahrplan ... bis jetzt“ mehr oder weniger im Stocken sei bzw. „bis jetzt noch nicht so richtig ins Rollen gekommen zu sein“ scheine. „Hier muss ... Tempo aufgenommen werden“, schreiben Sie. Können Sie sagen, ob Sie hier bereits Rückmeldungen haben, gegebenenfalls neben einer Eingangsbestätigung, Beispiel Osnabrück, oder ob es schon zu konkreten Vereinfachungen gekommen ist, wie viele gegebenenfalls schon aufgenommen worden sind und welche bearbeitet worden sind? Kriegen Sie dazu eine Rückmeldung der Landesregierung? Wie sieht diese gegebenenfalls aus?

Monika Scherf: Ich versuche, auf die letzte Frage einzugehen. Es gab im Anschluss an diese Kabinettsentscheidung „Einfacher, schneller, günstiger“ insgesamt knapp 150 Vorschläge, die die Clearingstelle zusammengestellt hat. Diese 150 Vorschläge sind an alle Ressorts, die damit tangiert sind, verteilt worden. Es gibt Rückmeldungen aus den Ressorts; das weiß ich vom Hörensagen. Den Inhalt dieser Rückmeldungen aber kennen wir noch nicht. Das heißt, wir warten darauf, dass das systematisch angegangen und vorgelegt wird. Wir werden das dann auch im Mittelstandsbeirat besprechen, der sozusagen zur Unterstützung der Clearingstelle geschaffen wurde. Nach meinem Empfinden gehört das Thema dahin. Dem Mittelstandsbeirat müssen die Antworten übersandt werden, damit er weiß, welches Ressort wie auf einen bestimmten Vorschlag reagiert hat. Aber diese Rückmeldungen liegen eben noch nicht vor. Ich habe den Eindruck, dass die Vorschläge zwar gesammelt worden sind, bisher aber noch der dahinterliegende Prozess fehlt.

Frank Hesse: Ich werde auf die beiden anderen Fragen eingehen. Ich beginne mit der Anmerkung von Frank Henning zur Unternehmenssteuerreform. Grundsätzlich ist die Ansicht richtig: Steuern sind nur einer von mehreren Standortfaktoren. Steuern sind nicht der allein entscheidende Faktor. Aber wir haben momentan eine Situation, in der die Betriebe aufgrund der Kostensituation in vielen Bereichen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. In einer solchen Situation muss geprüft werden, welche Stellschrauben es gibt, um die Kostenbelastungen, die die Unternehmen haben, zu reduzieren. Dafür sind Steuern eine Stellschraube.

Frank Henning hat zutreffend darauf hingewiesen, dass der Körperschaftsteuersatz bei 15 % liegt. Das hört sich niedrig an, ist es aber letztendlich nicht, weil on top eine weitere Steuer, die Gewerbesteuer, erhoben wird - eine Steuer, die im internationalen Kontext in dieser Ausgestaltung einmalig ist. Gewerbesteuer gibt es ja sonst in dieser Form nicht mehr. Das sind je nach dem lokalen Hebelsatzrecht ungefähr 14 %, die on top kommen. Dazu kommt auch noch der Solidaritätszuschlag. Das heißt, die Belastung liegt bei ungefähr 29 %. Mit dieser Steuerbelastung liegt Deutschland international im Spitzenfeld. Es gibt nur ganz wenige Länder, die darüber liegen. Die Belastung in anderen Ländern wie den USA, wo die Wirtschaft momentan brummt, liegt deutlich darunter. Das merken die Betriebe an ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Wohlgedermt ist die Steuerbelastung nicht der einzige Punkt, aber sie ist eine Stellschraube, an der gedreht werden kann. Die letzte Steuerreform liegt 17 Jahre zurück, 2008 hat die letzte große Steuerreform stattgefunden, seitdem ist auf dem Gebiet nichts mehr passiert. Seitdem ist auch der Abstand zu anderen Ländern deutlich gewachsen. Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht schon erforderlich, dass eine Steuerreform in Angriff genommen wird, sowohl was die Höhe der Steuerbelastung, als auch was die Ausgestaltung des überkomplexen Steuerrechts anbelangt. In dieser Hinsicht muss aus unserer Sicht einiges passieren.

Die Reform der Gewerbesteuer ist von uns als Endziel benannt. Die komplette Abschaffung der Gewerbesteuer ist kein kurzfristig umzusetzendes Reformmodell. Im Übrigen ist das ja auch eine Frage der kommunalen Selbstverwaltung. An der kommunalen Selbstverwaltung wollen wir natürlich nicht rütteln. Es muss ein System geschaffen werden, in dem sie erhalten bleibt. Unsere Vorstellung ist - es gibt auch Gutachten, wonach so etwas denkbar wäre -, dass den Kommunen beispielsweise ein Hebesatzrecht auf eine stetige Steuer wie die Einkommensteuer zugestanden werden könnte. Dann ergäbe sich der Vorteil, dass es erstens im internationalen Vergleich keine Sondersteuer mehr gäbe und zweitens das folgende, wesentliche Problem der Gewerbesteuer gelöst wäre: Das Gewerbesteueraufkommen ist unglaublich volatil. Die Kommunen sind in der Situation, dass sie in dem einen Jahr wahnsinnig hohe Gewerbesteuererträge haben und die Gewerbesteuererträge in den Folgejahren massiv einbrechen. Mit so volatilen Gewerbesteuererträgen kann kommunale Planung nur ganz schwer umgehen. In Jahren mit hohen Gewerbesteuererträgen werden im Zweifel die Ausgaben nach oben angepasst. In den Jahren, in denen das Gewerbesteueraufkommen aber rasant rückläufig ist, können die Ausgaben nicht angepasst werden. Aus unserer Sicht ist diese Volatilität ein Kernproblem. Deshalb plädieren wir für die Langfristperspektive eines Ersatzes der Gewerbesteuer, die aber die Selbstverwaltung der Kommunen wahrt.

Nun wende ich mich der Schuldenbremse zu, die Sie angesprochen haben. Man kann zur Schuldenbremse stehen, wie man will. Aus unserer Sicht ist es aber so, dass mit einer Lockerung der Schuldenbremse letztendlich kein Problem gelöst ist. Wir haben nicht ein Problem mit Schulden. Wir haben ein Wachstumsproblem. Seit fünf Jahren wächst Deutschland nicht mehr. Wir haben Nullwachstum. Das Wachstum ist durch Corona gesunken und danach wieder ein bisschen gestiegen. Aber seit drei Jahren passiert gar nichts mehr - mit der Tendenz einer leichten Abwärtsbewegung. Im Ergebnis haben wir seit fünf Jahren Nullwachstum.

Werfen Sie einen Blick in die USA! Dort waren in diesem Zeitraum 12 % Wachstum. Wenn Sie diese prozentuale Wachstumssteigerung auf das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik übertragen, dann hätten Sie in Deutschland durch Wachstum Mehreinnahmen von 450 Milliarden Euro. Damit hätten Sie natürlich auch Steuereinnahmen. Bei einer Steuerquote von 23 % ergäben sich ungefähr 100 Milliarden Euro an Steuern, die zusätzlich im Staatshaushalt wären. Das zeigt, dass wir nicht ein Problem bei der Verschuldung haben, sondern dass wir definitiv ein Wachstumsproblem haben. Das Problem müssen wir lösen.

Abg. **Omid Najafi** (AfD): In den nächsten Jahren werden die CO₂-Preise anziehen, unter anderem durch Emissionszertifikate. In Bezug auf Niedersachsen wirkt das Niedersächsische Klimagesetz und auf Bundesebene das Energieeffizienzgesetz. Es wird immer schwieriger, ein Unternehmen zu führen, geschweige denn, es lukrativ zu führen. Können Sie eine Zukunftsprognose abgeben oder uns vielleicht einen Lichtblick aufzeigen?

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Ich habe eine Nachfrage zum Thema Steuern. Viele Experten sagen, dass im Gesamtpaket der Maßnahmen, die getroffen werden könnten, wie Subventionen und Ähnliches, die Entlastung der Unternehmen von Steuern im Augenblick der größte Hebel für zusätzliche Investitionen und Wachstum in den Unternehmen wäre. Teilt die IHK in unserer Region diese Auffassung?

Außerdem interessiert mich Ihre Meinung dazu, ob genug zur Rohstoffsicherung gemacht wird. Diese Forderung ist bekanntlich Teil unserer Initiative.

Ich bin froh über Ihre klare Positionierung zur Schuldenbremse und möchte dazu anmerken: Ist der IHK eigentlich bekannt, dass die Landesregierung ständig darauf pocht, die Schuldenbremse aufzuheben, obwohl sie 2,3 Milliarden Euro in der Rücklage hat, die sie dazu benutzen will, in den nächsten fünf Jahren keine strukturellen Reformen angehen zu müssen?

Abg. **Christian Frölich** (CDU): Frau Scherf, Herr Hesse, mich interessiert, ob Sie bei Ihren Befragungen, die Sie bei den Mitgliedsunternehmen durchgeführt haben, spezielle Differenzen zwischen ländlichem Raum und urbanem Raum oder auch zwischen KMU und Großunternehmen feststellen konnten.

Wir reden von der Wirtschaft, die im Umbruch ist. In dem Zusammenhang wird gerne das Wort Transformation genannt. Mich interessiert dazu, ob Sie bei den Rückmeldungen Ihrer Unternehmen auf Ihre Befragungen das Gefühl haben, dass der Weg der Transformation, den viele Unternehmen jetzt durchlaufen, noch zusätzlich begleitet werden muss, oder ob die vorhandenen Strukturen, aber auch die Bottom-up-Initiativen, die aus der Wirtschaft kommen, für diese Transformation reichen bzw. ob insoweit mittlerweile eher eine Überlastung stattfindet, dass Unternehmen sagen, dass ihnen die ganzen Diskussionen über die Transformation über den Kopf wachsen.

Frank Hesse: Ich beginne mit der Frage nach den Zukunftsprognosen. Bei aller Schwarzmalerei sind wir der Auffassung, dass der Standort Niedersachsen immer noch sehr, sehr erfolgreich ist. Wir haben hier global agierende Unternehmen. Wir haben hier einen ausgezeichneten Mittelstand. Das heißt, die betrieblichen Voraussetzungen, hier wieder Wachstum zu schaffen, sind definitiv da.

Wir erleben allerdings politische Bremsen - ich habe sie benannt: Bürokratie, Kostenbelastungen etc. -, die Unternehmen behindern. Insofern ist die anstehende Bundestagswahl für uns auch eine Richtungswahl. Danach wird es entscheidend darauf ankommen, ob die Politik bereit ist, die Stellschrauben so zu drehen, dass Wachstum in den Unternehmen wieder stärker als in der Vergangenheit möglich ist.

Also: Unsere Zukunftsprognose ist grundsätzlich positiv, weil der Standort Niedersachsen ein sehr starker Standort ist. Aber es muss politische Rahmenbedingungen geben, die das ermöglichen.

Herr Hilbers fragte, ob die Steuern der größte Hebel seien. Das ist je nach Unternehmen sicherlich sehr unterschiedlich. Für ein energieintensives Unternehmen wie die Georgsmarienhütte oder andere Hütten ist der Energiepreis sicherlich der wichtigere Hebel. Man kann also nicht pauschal sagen, dass die Steuern für alle Betriebe der größte Hebel sind. „Es kommt darauf an“, wie es der Jurist sagen würde. Aber die Steuerbelastung ist natürlich etwas, was sehr direkt wirkt und was sofort wirkt und was im internationalen Kontext auch sehr hohe Signalwirkung hat. Von daher meinen wir, dass die Steuerbelastung schon ein wichtiger Hebel ist und für einige Unternehmen vielleicht sogar der wichtigste Hebel sein könnte.

Rohstoffsicherung ist wichtig. Aus unserer Sicht ist es entscheidend, dass auch das Land hier Schritte in die richtige Richtung macht - ohne dass ich das jetzt allerdings konkretisieren könnte. Ich muss passen, wenn Sie erwarten sollten, dass ich hierzu im Detail Maßnahmen nennen

könnte. Solche Informationen müssten wir nachlegen. Unser umweltpolitischer Sprecher Raumordnung könnte dazu sicherlich etwas kompetenter Auskunft geben.

Schließlich fragten Sie, ob unsere Umfrage in Bezug auf Regionen oder KMU vs. Großunternehmen Differenzierungen aufweisen. Regional sind die Ergebnisse relativ nah beieinander. Die Umfragen sind nicht so, dass wir sagen würden, dass im Westen des Landes alles viel besser als woanders laufe oder andersherum. Die Bewertung des Standortes also ist relativ nah beieinander.

Wir stellen aber fest, dass die KMU die Situation durchschnittlich schlechter bewerten als größere Unternehmen. Das zeigt, dass wir es nicht mit einem Problem von Großunternehmen zu tun haben, sondern hier ein Problem in der Fläche der Wirtschaft, beim Mittelstand, haben. Dort muss Politik ansetzen. Es ist aus unserer Sicht wenig hilfreich, sich mit irgendwelchen Rettungsaktionen auf einzelne Großunternehmen, einzelne Champions zu konzentrieren, den Mittelstand aber außen vor zu lassen. Das ist sicherlich nicht das richtige Mittel. Wir brauchen eine Politik, die dem Mittelstand hier in Niedersachsen weiterhin erfolgreiches Wirtschaften ermöglicht.

Die Frage der Transformation ist natürlich eine relativ breite. Das hängt auch von den einzelnen Betrieben ab. Es gibt einzelne Betriebe, die in der Transformation schon sehr weit sind und keinerlei Unterstützung benötigen, weil sie Vorreiter sind. Es gibt andere, die Unterstützung benötigen, insbesondere dann, wenn sich politische Rahmenbedingungen fundamental ändern, beispielsweise in solchen energieintensiven Betrieben wie denen der Stahlindustrie etc. Dort sind die Rahmenbedingungen deutlich anders als in der Vergangenheit. Wenn beispielsweise ein Stahlunternehmen auf Wasserstoff umswitchen muss, dann funktioniert das ohne politische Unterstützung nicht. Damit wären die Betriebe überfordert. In einzelnen Bereichen also muss Transformation weiter begleitet werden.

DGB Niedersachsen, Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt IG Metall, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 5

Anwesend:

- Johannes Grabbe (DGB Niedersachsen)

- Dr. Frederic Speidel (IG Metall)

Johannes Grabbe: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir möchten uns für die Einladung sehr herzlich bedanken. Das ist ein sehr wichtiges Thema. Wir haben uns sehr gefreut, dass wir hier heute auch persönlich zusammenkommen, um das Thema zu diskutieren. Die Anhörung zeigt schon jetzt, dass es viel Diskussionsbedarf gibt. Von daher möchte ich voranstellen, dass uns das Thema wirklich sehr am Herzen liegt.

Sie haben unsere schriftliche Stellungnahme erhalten. Auch wir wollen sie jetzt nicht nur verlesen, sondern uns auf vier zentrale wichtige Punkte konzentrieren, die wir - auch im Vergleich zu dem, was in dem Antrag steckt - stärker in der Diskussion sehen wollen.

Erstens. Aus unserer Sicht ist es sehr bedeutsam - das hat auch der Diskussionsverlauf schon gezeigt -, dass es mit dem Antrag und auch hier im Parlament ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Niedersachsen gibt. Dieses Signal ist gerade in der gegenwärtigen Situation sehr wichtig. Niedersachsen ist ein starker Industriestandort. Ich möchte hervorheben, dass 500 000 Arbeitsplätze an der niedersächsischen Industrie hängen. Dazu kommen weitere, zum Beispiel auch im Dienstleistungsbereich. Für uns ist das aus Gewerkschaftsperspektive ein ganz wichtiger Faktor, das ist aber auch die Basis für den Wohlstand in unserem Land.

Ich möchte jetzt gar nicht so tief in die Situationsanalyse einsteigen, weil das Frau Scherf schon sehr plastisch getan hat. Wir teilen die Situationsanalyse, dass wir in einer schwierigen Situation sind, und das tatsächlich auch nicht erst seit gestern. Die Industrieproduktion in Deutschland schwächelt schon seit 2018. Von daher müssen wir uns Gedanken um unseren Industriestandort machen. Das ist richtig. Die Transformation ist dabei natürlich ein ganz wesentlicher Punkt. Wir nehmen wahr, dass viele Industrien - gerade auch Schlüsselindustrien - in unserem Bundesland unter Transformationsdruck stehen. Gleichzeitig - das wollen wir aber auch hervorheben - ist die Industrie die Grundbedingung für eine gelingende Transformation in unserem Bundesland. Die Wertschöpfungsketten, die wir hier haben, die Produkte, die hier hergestellt werden, die Innovationen, die in den Unternehmen erbracht werden, sind wesentliche Voraussetzungen für eine Transformation in Niedersachsen, aber auch darüber hinaus. Die große Chance und unsere große Hoffnung sind, dass sich die niedersächsische Industrie auf diesen zukunftsfähigen Märkten starke Positionen verschafft. Daran sollten wir auch gemeinsam arbeiten. Von daher macht es sehr viel Sinn, diese Diskussion jetzt, in diesem Zeitpunkt, zu führen.

Wir finden das Angebot, das dieser Antrag enthält, sehr richtig: Gemeinsam über Maßnahmen, über Strategien, letztlich über die Grundzüge einer Industriepolitik zu sprechen. Hierfür stehen wir Gewerkschaften auch gerne als Partner bereit. Wir bringen uns dazu bereits in verschiedensten Gremien, Runden und Gesprächsplattformen ein. Das entspricht der Gesprächskultur hier in Niedersachsen. Meines Erachtens ist es ein Wert an sich, dass wir in unserem Bundesland die Möglichkeit für einen solchen Austausch haben und dass wir diesen vertrauensvollen niedersächsischen Weg auch gerade mit Blick auf unsere Industrie beschreiten wollen. Wir finden, dass das ein positiver Ansatz ist, und stehen gerne für Gespräche bereit.

Es wird Sie nicht überraschen, dass wir gewerkschaftsseitig das Thema Investitionen deutlich und dick unterstreichen wollen. Wir haben auch in diesem Ausschuss schon darüber gesprochen. Investitionen sind für uns ein ganz wesentlicher Faktor. Wir haben gerade über Wachstum gesprochen. Investitionen müssen die Basis für das Wachstum liefern. Das ist im Antrag zutreffend dargestellt. Es gibt die beiden Bereiche „Investitionen der öffentlichen Hand“ und „Investitionen der Unternehmen“. Beides ist wichtig. Mit Blick auf die öffentlichen Investitionen lässt sich der Bedarf quantifizieren. Arbeitgeberseitige und gewerkschaftsseitige Institute, IW und IMK, haben das auch getan. Sie beziffern die notwendigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in Deutschland auf 600 Milliarden Euro in einem Zeitraum von zehn Jahren, also auf 60 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist ein sehr hoher Investitionsbedarf. Wir kennen diesen Investitionsbedarf, wir benötigen die Investitionen aber auch dringend. Aus unserer Sicht hätten diese Investitionen einen sehr positiven unmittelbaren Effekt auf die Konjunktur. Öffentliche Investitionen sind aber auch eine Voraussetzung für private Investitionen und die Grundlage für die öffentliche Daseinsvorsorge. Alles ist wichtig für den Standort. Von daher ist das Thema „öffentliche Investitionen“ zu unterstreichen.

Natürlich nicht minder wichtig aber sind die Unternehmensinvestitionen. Das Stichwort Transformation wurde gerade genannt. Die Unternehmen sind in der Situation, an verschiedenen Stellen zukunftsfähige Geschäftskonzepte - womöglich neu - zu entwickeln. Es stellt sich die Frage, wie die Unternehmen dabei unterstützt werden können. Diese Fragestellung ist in dem Antrag enthalten. Auch wir erkennen diesen Investitionsbedarf.

Worin können Lösungen bestehen? Öffentliche Investitionen sind aus unserer Sicht nur möglich, wenn Spielräume geschaffen werden. Ohne Spielräume wird diese Herausforderung nicht zu schultern sein. Dafür ist die Herausforderung zu groß. Es ist jetzt aber auch der richtige Zeitpunkt für Investitionen. Sie jetzt nicht zu tätigen wäre - auch mit Blick auf Generationengerechtigkeit - fatal. Wir können der nachrückenden Generation später nicht erklären, warum wir diese zentralen Investitionen unterlassen haben und ihr eine verrottete Infrastruktur übergeben.

Das Stichwort „Reform der Schuldenbremse“ ist schon gefallen. Es ist natürlich richtig, auch über Kreditaufnahme Investitionen zu tätigen. Die Reform der Schuldenbremse ist nicht ohne Grund in verschiedenen Parteien und an verschiedenen Stellen gerade sehr stark in der Diskussion. Die Position des DGB dazu ist hinlänglich bekannt. Wir haben immer davor gewarnt, uns hier zu beschneiden vor dem Hintergrund, dass öffentliche Investitionen getätigt werden müssen. Die Reform der Schuldenbremse ist eine starke Schraube, um überhaupt Mittel für Investitionen bereitstellen zu können.

Die zweite Möglichkeit ist die Stärkung der Einnahmehasis. Wir verwehren uns gegen zu breite Steuersenkungsideen, weil wir die Mittel brauchen, um die Investitionen tätigen zu können. Wenn man diese beiden Wege - die Möglichkeit einer starken Einnahmehasis und die Möglichkeit der Kapitalaufnahme - nicht beschreiten möchte, dann bleibt nur die Möglichkeit, Investitionspotenziale herbei zu sparen. Mir ist nicht klar, wie das funktionieren soll vor dem Hintergrund angemessener Bedarfe an Stellen, die wichtig sind, angesichts dessen, was wir für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land brauchen.

Nun nehme ich zur „Steigerung der privaten Investitionen bzw. Unternehmensinvestitionen Stellung. Wir stimmen der im Antrag erhobenen Forderung zu, dass prioritär sein muss, privates Kapital zu mobilisieren. Dazu gibt es auch verschiedenste Instrumentarien, um Investitionen anzureizen: Klimaschutzverträge oder auch Abschreibungsmöglichkeiten und die Gestaltung von Förderkulissen. Es muss geprüft werden, welche Möglichkeiten es für Bundesländer gibt - zum Beispiel bei Landesbürgschaften im Rahmen von Wirtschaftsförderung -, um den Unternehmen möglichst gute Unterstützung bei ihren Investitionsentscheidungen zu geben.

Uns stellt sich die folgende Frage: Kann es, wenn das nicht reicht, nicht auch möglich sein, durch öffentliches Kapital Unternehmen zu stützen? Denn wenn ein Unternehmen einen guten Weg gehen möchte, darf das doch nicht an Kapitalmangel scheitern! Ein weiterer Gedankengang wäre also, durch Formen der Beteiligung Investitionen zu ermöglichen, die sonst am Standort nicht getätigt werden. Dieser Instrumentenkoffer wäre es aus unserer Sicht wert, in einem solchen Prozess über Industriepolitik näher mit Ihnen zu diskutieren. Von daher danke ich Ihnen dafür, dass der Antrag das Angebot enthält, diese strategische Diskussion in diesem Bundesland zu führen.

Dr. Frederic Speidel: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist wunderbar, dass wir als Industriegewerkschaft Metall uns in dieser

Ausschusssitzung zum Antrag der CDU äußern können und die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes stützen können und sie vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch ein bisschen mit Leben füllen.

Ich möchte zwei Punkte aus unserer schriftlichen Darstellung hervorheben.

Ich möchte etwas über gute Rahmenbedingungen für eine solide Industrie sagen. Standortfaktoren sind im Antrag zum Teil angesprochen, bleiben aber zum Teil ein bisschen unterbelichtet.

Ich möchte des Weiteren etwas zu einem Thema sagen, das nach unserem Dafürhalten in dem Antrag komplett unterbelichtet ist. Soweit es überhaupt erwähnt ist, dann nur im defizitorientierten Sinne, nämlich Faktor Arbeit, Beschäftigte, Arbeitsmarkt.

Ich möchte vorwegschicken, dass sich die IG Metall in dieser Frage seit geraumer Zeit immens engagiert. Das ist wenig überraschend. Unsere Mitgliedschaft arbeitet in der Industrie, sie arbeitet in Kernindustrien der deutschen Wirtschaft: Automobil, Maschinenbau, Anlagenbau; das weiß hier jeder. Das alles sind Industrien, die sich in einer völlig neuen Situation befinden.

In den 2010er-Jahren konnten wir uns das Thema Industriepolitik ganz gelassen von der Seitenlinie anschauen. Die Märkte haben gestimmt, die Abnehmer haben gestimmt, wir mussten gar nicht so viel reinreden.

Wir sind mittlerweile in einer gänzlich anderen Situation - in einer Situation, in der es aktive Impulse braucht, in der es neue Wege braucht, in der wir neue Industrien, neue Technologien aktiv erschließen müssen, in der aus großen Käufern der 2010er-Jahre immens große Konkurrenten geworden sind: Stichwort China. Das weiß jeder hier im Raum.

Deswegen brauchen wir eine aktive Industriepolitik. Also wir können es nicht dabei bewenden lassen, von außen darauf zu gucken und zu sagen: Unsere Produkte sind so gut, das sind Selbstläufer. - Nein!

Zu einer aktiven Industriepolitik gehören starke Standortfaktoren und gute Rahmenbedingungen; das wurde hier schon angesprochen. Ich denke, dass wir bei dem Punkt relativ schnell auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Wir haben große Schnittmengen in der Frage der Energiepolitik und des bezahlbaren Stroms. Natürlich brauchen wir wettbewerbsfähige Energiepreise für unsere energieintensiven Industrien. Das sieht die IG Metall genauso wie die IHK und genauso wie NiedersachsenMetall und alle anderen. Da muss uns etwas gelingen! Da muss der künftigen Bundesregierung etwas gelingen! An der Stelle brauchen wir ganz, ganz, ganz klare Erleichterungen. Wir brauchen eine möglichst geringe Belastung des Strompreises durch Netzentgelte! Das wird wahrscheinlich ohne sozusagen die Bereitschaft, da auch zu investieren, nicht möglich sein.

Wir brauchen - das ist im Antrag angedeutet - tatsächlich auch eine Rohstoffstrategie - auch eine niedersächsische Rohstoffstrategie, solange sie sich auf Landesebene realisieren lässt, und halten das für sinnvoll.

Wir brauchen eine ganz gezielte Politik der Förderung von Innovationen, und zwar nicht mit der Gießkanne, sondern eine Förderpolitik, die ganz klar die Zukunftsfähigkeit der künftigen Bereiche im Blick hat und ganz klar auf Zukunftsfähigkeit ausgerichtet ist, also Technologiepolitik. Wir

brauchen eine Technologiepolitik, bei der die Unternehmen nicht alleingelassen werden. Eine Technologiepolitik braucht Beratungsstrukturen, um betriebliche Innovationsprozesse auch tatsächlich auszulösen.

Alles das basiert natürlich auf guten, modernen und in gewisser Weise auch schlanken Genehmigungsverfahren; auch davon war hier schon die Rede.

Zum Stichwort Bürokratie: Wir würden immer von einer funktionierenden Bürokratie sprechen und in dem Zusammenhang nicht unbedingt den Catch-all-Begriff „Entbürokratisierung“ verwenden wollen. Eine gut funktionierende Bürokratie braucht gutes Personal - sie braucht Personal dort, wo Notwendigkeiten bestehen. Insofern sind dafür Personalbedarfsanalysen nötig und natürlich gute Arbeitsbedingungen, damit überhaupt noch Personal in die Verwaltung geht und dort der Bürokratie zur Verfügung steht. Das ist, wie wir alle wissen, ein Riesenproblem.

Ein Standortfaktor, der in dem Antrag unterbelichtet bleibt, ist die öffentliche Daseinsvorsorge. Qualifizierte, gute Fachkräfte, auf die wir im deutschen Modell lange Zeit stolz waren, brauchen natürlich auch entsprechende Ausbildungs- und Bildungssysteme, die sie durchlaufen können. Sie brauchen aber auch alles Drumherum, unter anderem Wohnraum und Mobilitäts- und Verkehrssysteme, die funktionieren. Nur wenn das vorhanden ist, können wir garantieren, dass die Fachkräfte gut ausgebildet sind und das halbwegs in einem Klima des sozialen Zusammenhalts passiert. So viel zu den Rahmenbedingungen.

Gestatten Sie mir abschließend einige Worte zum Faktor Arbeit. Der Antrag erwähnt aus unserer Sicht völlig zu Recht eine „aktive Wirtschafts- und Standortpolitik“. Was aber nicht erwähnt wird, ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Da müssen auch wir als Gewerkschaft über unseren Schatten springen. Die Industrien, die Betriebe, die Bereiche sind so in Bewegung geraten, dass wir unsere Beschäftigten dabei mitnehmen und darauf vorbereiten müssen, in ihrem Berufsleben von Situation A zur Situation B und von Betrieb A nach Betrieb B zu wechseln und dabei auch branchenübergreifende Wechsel vorzunehmen.

Dazu bedarf es auch wirklich neuer, kreativer Ansätze. Arbeitsmarkt-Drehscheiben, Job-to-Job, Transformation von guter Arbeit in gute Arbeit. Das sind die Stichworte an denen wir hier in Niedersachsen - auch gemeinschaftlich - arbeiten. Mein Kollege hat es gerade erwähnt: Der niedersächsische Weg kommt uns dabei zugute, weil wir dadurch die Möglichkeit haben, ziemlich ohne Manschetten an neuen Themen und neuen Wegen zu basteln. Diese sind künftig eminent wichtig für eine starke Industrie.

Wir wollen beim Thema Fachkräfte die bekannten Potenziale sehr viel stärker ausschöpfen. Die duale Ausbildung ist und bleibt eine feste Säule in unserem deutschen Modell, das wir natürlich modernisieren werden. Aber die duale Ausbildung ist kein Auslaufmodell, sondern bedarf der entsprechenden Weiterentwicklung. Daran arbeiten wir. Wir brauchen eine viel höhere Erwerbsbeteiligung von Menschen, die aktuell dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und draußen sind. Ich nenne in dem Zusammenhang die Erwerbsbeteiligung von Frauen und die viel stärkere Zurückgewinnung von Arbeitslosen, Langzeitarbeitslosen und ausländischen Fachkräften.

Die Themen, die uns unter dem Stichwort „gute Arbeit“ in besonderer Weise am Herzen liegen,

sind natürlich auch klar. Tarifgebundene Arbeit, tarifizierte Arbeit, mitbestimmte Arbeit, qualifizierte Arbeit. Das sind Themen, die nachfrageorientiert diskutiert werden. Wir haben diese Themen aber eigentlich auch immer angebotspolitisch gewendet, indem wir immer argumentiert haben, dass gute Arbeit, gut qualifizierte und gut tarifizierte Arbeit, Unternehmen zu qualitätskompetitiven Produkten und einer qualitätskompetitiven Industrie geradezu incentiviert.

Im Antrag sind auch einige Knackpunkte erwähnt, über die wir immer wieder stolpern werden und die für uns quasi den Rubikon bedeuten. Einer dieser Knackpunkte betrifft die Frage: Arbeitszeitgesetz - Aufweichung ja oder nein? - Da sind wir ziemlich strikt. Wir würden immer argumentieren: Das bestehende Arbeitszeitgesetz ermöglicht alle möglichen Formen von Flexibilität. Ich sage gern: Mit diesem Arbeitszeitgesetz schützen wir die Schwächsten in der Arbeitswelt. - Die Stärkeren, die selbstbestimmter arbeiten, die in Büros arbeiten, die Wissensarbeit machen, organisieren sich schon selbst. Da sind keine IG Metall und kein deutscher Gewerkschaftsbund, der abends um 10 Uhr genau hinschaut, ob der Computer eingeschaltet ist oder nicht. In dem Bereich sind wir nach meinem Eindruck schon sehr, sehr beweglich.

Auch in Bezug auf die Personal- und Lohnkosten, die im Antrag als zu hoch bezeichnet und mit weiteren Attributen versehen werden, sind wir wenig überraschend relativ strikt und insistieren auf unsere Tarifautonomie. Wir sorgen dafür, dass diese Personal- und Lohnkosten gerecht und der Situation angemessen sind. Exemplarisch kann man sich den Tarifabschluss bei Volkswagen anschauen, der vor Weihnachten erzielt wurde. Dabei sind einige schmerzhaft eingeständnisse und schmerzhaftes Entgegenkommen unsererseits erfolgt. Gleichwohl hat man da einen Weg gefunden, um mit diesem Thema konstruktiv umzugehen. Da hat die deutsche Vergangenheit, die deutsche Gegenwart, das deutsche Modell oftmals bewiesen, dass es sehr intelligente Regulierungen bewerkstelligen kann.

Wir gehen, wie mein Kollege Johannes Grabbe schon gesagt hat, voll und ganz mit, wenn es darum geht, aktive Industriepolitik zu betreiben und De-Industrialisierung um jeden Preis zu verhindern. Als Standort und als IG Metall ist das für uns eine existentielle Frage. Für die Menschen ist das existenziell.

Ich meine, wir haben eine Menge Schnittmengen. Nach unserem Eindruck hat in diesem Antrag das Angebotspolitische ein bisschen Schlagseite. Die Steuerreduzierung kommt uns zu sehr als One-size-fits-all im Sinne von Rasenmäher-Methode daher.

Wir plädieren für einen ausgewogenen Mix aus Angebots- und Nachfragepolitik. Lassen Sie uns doch auf viele, viele Stärken besinnen, die wir im deutschen Modell über die Jahrzehnte traditionell etabliert haben und die jetzt an eine völlig neue Situation angepasst werden müssen.

Gestatten Sie mir abschließend noch einen kleinen Hinweis: Die IG Metall veranstaltet am 15. März 2025 einen Aktionstag bundesweit in fünf Städten, in denen unsere Mitglieder für diese und vielleicht noch ein bisschen explizitere Themen und Ziele auf die Straße gehen. Sie alle sind natürlich herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen. In Hannover findet dieser Aktionstag auf dem Waterloo-Platz statt. Die Veranstaltung beginnt um fünf vor Zwölf - und nicht zufälligerweise um fünf vor Zwölf - und endet um 14 Uhr.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Sie haben von der angebotsorientierten Politik und einer Schlag-

seite des Antrags gesprochen. Sind Sie auch der Auffassung, dass die deutsche Wirtschaft augenblicklich kein Nachfrageproblem, sondern in erster Linie Strukturprobleme hat? Wir befassen uns mit Blick auf De-Industrialisierung hier mit einem Teil der deutschen Wirtschaft und erkennen, dass wir strukturelle Probleme haben und nicht Probleme, die wir mit nachfragestützenden Elementen steuern können. Im Grunde genommen müssen wir doch Strukturprobleme unserer Wirtschaft lösen.

Sie haben gesagt, dass Sie in Bezug auf Steuern eine andere Auffassung verträten. Wie beurteilt denn der DGB die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands hinsichtlich der Steuerbelastungen? Es muss doch auch den Beschäftigten wichtig sein, dass den Unternehmen die Wachstumspotenziale nicht wegbesteuert werden. Mich interessiert, wie Sie die Steuerbelastung im internationalen Vergleich einordnen und zuordnen wollen, wenn Sie Dinge dort in Angriff nehmen.

Wie bewerten Sie, wenn Sie auf zusätzliche Verschuldung setzen, um die Probleme zu lösen, das Inflationsrisiko?

Abg. **Omid Najafi** (AfD): Ich habe mir zwei Zitate notiert. Das eine Zitat ist „aktive Industriepolitik“. Meine Frage dazu ist: Ist nicht gerade die aktive Industriepolitik das Problem? Die Eingriffe in den letzten fünf Jahren - die ganzen Bürokratieauflagen, die neu aufgekomen sind, der Eingriff in den Energiemarkt und das Abschalten grundlastfähiger Kraftwerke - haben doch dazu geführt, dass wir weltweit die teuersten Energiepreise haben. Ist nicht aktive Industriepolitik gerade das Problem? Wären wir jetzt nicht besser dran, wenn diese ganzen Eingriffe gar nicht stattgefunden hätten?

Das zweite Zitat lautet: „Investitionen müssen jetzt getätigt werden“. Da ist doch ein Realitätscheck fällig. In den letzten Jahren haben wir eine Kapitalflucht von 300 bis 400 Milliarden Euro erfahren - es wurde mehr Kapital aus Deutschland im Ausland investiert, als Kapital aus dem Ausland in Deutschland investiert wurde. Wer soll diese Investitionen denn tätigen vor dem Hintergrund, dass immer neue Bürokratieauflagen die Planungssicherheit und die Rechtssicherheit torpedieren?

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD): Dass ich als Sozialdemokrat auch einen Blick auf die nachfrageorientierte Politik habe, dürfte wenig überraschen. Es ist interessant, dass auch in „Wirtschaftswende“-Papieren der FDP, die gerade kursieren, das Thema Binnennachfrage überhaupt nicht erwähnt ist.

Es geht ums Geld; das hatte ich ja vorhin schon erwähnt. Herr Hesse hat die USA als Positivbeispiel für geringe Steuerlast und Wachstum genannt. Man muss aber auch die Kehrseite der Medaille benennen: Die USA haben eine dreimal höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Deutschland - trotz deutlich geringerer Sozialleistungen. Das wäre nach deutschen Schuldenregeln gar nicht machbar. Sie hatten die Reform der Schuldenbremse erwähnt. Bitte führen Sie kurz aus, wie Sie dazu stehen. Dass Sie sie positiv sehen, kommt in der schriftlichen Ausführung deutlich zum Ausdruck. Im Gegensatz zur CDU und auch zur IHK fordern Sie allerdings eine Erhöhung der Körperschaftsteuer auf 25 %. Das ist meines Erachtens im Moment eine Forderung, die in einer Wirtschaftskrise eher schwierig ist. Sie sagten, Sie erhofften sich dadurch mehr Handlungsspielraum. Bitte erklären Sie uns Ihre Position hierzu etwas näher. Unternehmenssteuererhöhungen in einer Wirtschaftskrise finde ich problematisch.

Johannes Grabbe: Herr Hilbers, wir teilen die Ansicht, dass wir strukturelle Probleme haben. Deswegen haben wir auch hervorgehoben, dass wir meinen, dass wir einen Mix an Maßnahmen brauchen, der auch gerade auf strukturelle Probleme einzahlt. Sie beinhalten zum Beispiel auch Angebote für direkte Erleichterungen für Unternehmen, zum Beispiel in Form von Abschreibungen, weil die nicht mit dem Rasenmäher, sondern konditioniert ausgestaltet sind. Wenn ein Unternehmen in den Standort investiert, dann soll sich das auch gut rechnen. Das zum Beispiel wäre ein Weg, der uns sehr viel sympathischer wäre. Das wäre aus unserer Perspektive wesentlich wichtiger.

Herr Najafi, gerade weil wir diese strukturellen Probleme haben, brauchen wir eine Industriepolitik und eine industriepolitische Intervention. Industriepolitik ist auch nicht zu eng zu fassen, dass sie nur aus bürokratischen Auflagen besteht, sondern Industriepolitik hat die Aufgabe und Zielsetzung, gute Rahmenbedingungen für eine gute, zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaft zu schaffen. Das ist wichtig, weil das Wertschöpfung und Arbeitsplätze in unserem Land schafft und erhält. Wer das alles den Markt regeln lassen will und dazu nichts beizutragen haben will, wird nichts schaffen, was funktionieren wird. Von daher sprechen wir uns sehr stark dafür aus, dass wir zu guten industriepolitischen Maßnahmenpaketen kommen und die sowohl angebots- als auch nachfrageseitig in den Blick nehmen. Natürlich spielt dabei ganz klar auch die Binnen- nachfrage eine Rolle. Auch gerade in einer konjunkturell schwachen Phase wären wir nicht gut beraten, diese Seite auszublenden und nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit letztlich den Export in den Blick zu rücken. Dass das natürlich auch wichtig ist, ist uns auch klar, Herr Hilbers. Wir sprechen uns gar nicht dagegen aus, sondern schätzen einfach ein, dass wir bei vielen Faktoren eine hohe Wettbewerbsfähigkeit haben. Der deutsche Industriestandort hat sich auf dem Weltmarkt immer gut behaupten können: durch wirklich innovative, starke Unternehmen, aber auch durch gute Beschäftigte, durch eine gute Fachkräftebasis, und durch gute Produkte. Ich gehöre der Jury für den Niedersächsischen Außenhandelspreis an. Ich konnte mir in dieser Funktion gerade viele Beispiele anschauen, bei denen das ganz wunderbar gelingt. Von daher sehen wir, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf solchen Füßen basiert, wir müssen sie aber auch erhalten. Meines Erachtens haben wir darin keinen Dissens.

Die Frage, ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, die Unternehmenssteuer sogar zu erhöhen, kann man sich von daher schon stellen. Wir verweisen bekanntermaßen auf ein Gesamtsteuerkonzept. Dieses Steuerkonzept ist nicht erst im vergangenen Monat entstanden. Wir haben es vor rund einem Jahr veröffentlicht. Wir zeigen in unserem Gesamtsteuerkonzept sehr deutlich noch weitere Möglichkeiten auf, wie die Einnahmehasis verbreitert werden kann. Es stellt sich natürlich die Frage, zu welchem Zeitpunkt man sie verbreitern sollte. Darüber aber kann man sprechen. Aber grundsätzlich gilt das, was ich dargestellt habe: Wir brauchen Spielräume. Wir können sie durch Einnahmen generieren, und das wäre auch sozial gerecht. Steuern einzunehmen, hat zum Teil auch etwas mit Verteilung zu tun. Damit ist nicht nur zum Beispiel die Einführung einer Vermögensteuer gemeint. Denn das Ganze muss ja auch finanziert werden. Die Kapitalaufnahme ist ein Weg bzw. eine Brücke in dem Bemühen, einerseits nicht unmittelbar an der Einnahmeschraube drehen zu müssen, andererseits aber Investitionen, die jetzt erfolgen müssen, tätigen zu können. Das rechnet sich auch. Das Argument wurde ja eben angeführt. Wenn Wachstum erzielt wird, gibt es auch einen Return of Investment. Das gilt auch für öffentliche Investitionen. Dazu gibt es auch gute Studien. Die von Tom Krebs kann ich empfehlen. Von daher ist das auch eine ökonomisch sinnvolle Politik.

Wir machen uns auch für die Reform der Schuldenbremse stark - gerade deshalb, um diese Investitionen zu ermöglichen. Das ist bekanntlich auch gerade Gegenstand der politischen Debatte.

Gestatten Sie mir, noch auf den Punkt „Verschuldung, Inflationsrisiko“ einzugehen. Ich habe mir die Zahlen ausgedruckt. Deutschland hat 63 % Schuldenquote BIP, China hat 89 % und die USA haben 127 %. Da ist also noch Spielraum. Wir haben überhaupt kein Interesse an einer hohen Inflationsrate, weil sie die Kaufkraft unsere Kolleginnen und Kollegen und die Fähigkeit, ihr Leben zu bestreiten, schwächt. Unsere Analysen ergeben aber nicht, dass die Schuldenaufnahme der Inflationstreiber war. Dafür gab es andere Gründe, die ich jetzt nicht vertiefen will, weil uns sonst die Zeit davonläuft. Ich meine aber, dass jeder hier im Raum diese Gründe kennt.

Dr. Frederic Speidel: In aller Knappheit möchte ich etwas zum Stichwort „aktive Industriepolitik“ sagen. Als IG Metall hätten wir es uns vor ca. zehn Jahren leichtmachen können, indem wir gesagt hätten, dass wir erfolgreiche Produkte und erfolgreiche Technologien, insbesondere im Bereich Automobil, hätten und die Welle so lange abreiten würden, bis der Ozean ausgetrocknet wäre. Wir haben vor ca. zehn Jahren im Kontext des Diesel-Fiaskos Papiere auf den Weg gebracht, in denen wir uns für Elektromobilität starkgemacht haben. Das haben viele damals nicht wirklich verstanden oder akzeptiert. Wir haben uns gegen erhebliche Widerstände unserer Mitglieder in den Belegschaften über all die Jahre hinweg dafür stark gemacht und sind natürlich jetzt extremst damit konfrontiert, wie wir diese Technologie quasi durch die Tür bringen. Wir haben damals schon gesehen, dass es nicht ausreichen wird, in dem Bereich das zu tun, was man schon immer getan hat, weil wir gesehen haben, dass China an einer Made-in-China-Strategie arbeitet und dass wichtige Märkte sich verändern, und haben gesagt: Weil wir das - auch aus politisch normativen Gründen - für richtig erachten und weil wir uns als Industriegewerkschaft Metall ganz klar zu Klimazielen bekannt haben, müssen wir technologisch auf einen neuen Pfad wechseln. Jetzt stehen wir auf diesem Pfad. Es wäre fatal, wenn wir und die Industrie alleine gelassen würden und jetzt die Argumente greifen würden: Seht her, es funktioniert nicht. Die Produkte sind nicht wettbewerbsfähig herzustellen. Das war es.

Nein. Wir brauchen für diesen Übergang, der einige Jahre, vielleicht eine Dekade, dauern wird - wer weiß das schon genau -, eine ganz enorme Unterstützung. Wir müssen Märkte schaffen, wir müssen Märkte unterstützen, wir müssen Nachfrage unterstützen und gegenhalten gegen das, was uns jetzt an amerikanischem Furor bevorsteht. Wir stehen wahrscheinlich vor einem Rückschritt in den USA und einem Mehr an Protektionismus, Erdölbasiertem usw. Wir brauchen jetzt Beharrungskräfte. Wir brauchen Widerstandskräfte und müssen diesen eingeschlagenen Weg weitergehen. Das aber geht nur mit einer klaren Industriepolitik. Es ist Geschmackssache, ob man sie „aktive“ Industriepolitik nennt. Wir brauchen Industrie in diesem Land - in diesem Land, in dem die Industrie zu Recht nach wie vor einen vergleichsweise sehr hohen Wertschöpfungsanteil hat.

Abg. **Christian Frölich** (CDU): Sie haben den Faktor Arbeit detailliert angesprochen. Sie haben auch unter anderem über branchenübergreifendes Arbeiten und über die großen Herausforderungen, vor denen Sie in dem Zusammenhang stehen, gesprochen. Ich bin Handwerksunternehmer und Kreishandwerksmeister in Südniedersachsen. Wir haben jahrelang darunter gelitten, dass uns beispielsweise in Regionen wie Wolfsburg der VW-Konzern die guten Facharbeiter aus unseren Betrieben abgezogen hat. Diese guten Facharbeiter sind dann zu VW gegangen.

Jetzt kann es durchaus dazu kommen, dass bei VW und auch bei vielen Mittelständlern Mitarbeiter freigesetzt werden. Als Lösung wird jetzt oft diskutiert, dass diese freigesetzten Mitarbeiter den Fachkräftebedarf im Handwerk decken könnten. Wie sind denn Ihre Lösungen, insbesondere was das Lohn- und Tarifniveau angeht? Welche Schritte ist die Gewerkschaft bereit zu gehen? Wenn ich mir vor Augen führe, was ein VW-Facharbeiter verdient und dass ein Maurer zwischen 22 Euro oder 23 Euro in der Stunde verdient, dann stelle ich fest, dass dazwischen Welten liegen. Wie soll das zusammengehen?

Sie vertreten seit vielen Jahren gute Tarifabschlüsse. Das ist auch richtig so. Ich bin auch unbedingt für eine Tarifbindung, auch bei uns im handwerklichen Bereich. Gute Tarifabschlüsse würden auch eine Binnennachfrage erzeugen. Wir hatten in den letzten Jahren eigentlich ganz gute Tarifabschlüsse mit einem deutlichen Nettolohnzuwachs, aber Binnennachfrage hat das trotzdem nicht erzeugt. Was wir haben, ist eine große Sparquote bei den Deutschen, aber der Binnenmarkt ist nicht richtig angesprungen. Was können Sie dazu bitte ausführen?

Dr. Frederic Speidel: Was machen wir, um teilweise diese Brücke von industrieller Facharbeit zu anderen Branchen, unter anderem natürlich zum Handwerk, wo enorme Bedarfe sind, zu bauen? Eine Strategie ist, dass wir versuchen, die Teile, die wir erreichen, im Handwerk in Tarifbindung zu bekommen. Das gelingt uns mitunter, es gibt aber Luft nach oben. Klar ist aber auch, dass diese Tarife nicht dasselbe Tarifniveau haben, das wir in der Industrie haben. Ich meine damit nicht nur den Tarif bei Volkswagen, sondern auch die Tarife in der Metall- und Elektroindustrie, bei den Automobilherstellern, dem Maschinenbau etc. Ich glaube, es ist illusorisch, zu meinen, dass für jeden Facharbeiter, der in diesen Bereichen jetzt keine Perspektive mehr hat, die Perspektive einer Beschäftigung im Handwerk eine attraktive sein wird. Aber für diejenigen, für die das infrage kommt, wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass es real wird.

(Abg. Christian Frölich [CDU]: Aber wie?)

- Zunächst einmal durch Qualifizierung. Das sind ein paar äußere Themen, die erst einmal nichts mit der Tarifierung zu tun haben.

Die Frage des Entgelts im Handwerk beeinflussen wir natürlich nicht allein. Das wird ein Prozess sein, in dem beide Seiten attraktiv sein müssen und beide Seiten sich aufeinander zubewegen müssen. In kleinen Schritten passiert das auch schon. Auch im Handwerk müssen die Arbeits- und Entgeltbedingungen angepasst werden und attraktiver werden, um Personal zu bekommen. Den großen Gap der 20 bis 30 % wird man nicht über Nacht überwinden können. Wir als Tarifpartei wollen im Handwerk natürlich eine stärkere Rolle spielen und gute Bedingungen durchsetzen.

Johannes Grabbe: Vielen Dank für die Wertschätzung der Tarifautonomie und die positive Bewertung unserer Tarifabschlüsse. Sie haben recht. Auch ich habe die Zahlen gelesen, auch den Hinweis auf die Sparquote. Sie ist in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation ein Problem. Sie fragen, wie die Binnennachfrage angekurbelt werden kann. Aus meiner Warte ist es nicht so, dass wir in allen Bereichen über Jahre hinweg immer nur Reallohngeinne hatten. Das Thema Inflation wurde schon angesprochen. Es gab auch Bereiche, in denen kein Tarifvertrag die Inflationsschübe sofort ausgeglichen hat. Das heißt, viele Kolleginnen und Kollegen von uns waren mit enormen Kostensteigerungen ohne unmittelbare Ausgleichsmaßnahmen konfrontiert.

Wir hatten auch Kurzarbeit in der Corona-Zeit. Die sogenannten multiplen Krisen treffen nicht nur Unternehmen, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen in ihrer Lebensrealität ganz unmittelbar. Wann konsumiere ich mehr? Wenn ich nicht mehr das Gefühl habe, dass ich das Geld beisammenhalten und zurücklegen muss. Meines Erachtens ist das ein ganz wesentlicher Faktor. Es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, dass Menschen eine hohe Sicherheit empfinden müssen, um dann auch mehr zu konsumieren.

Wir hatten in vielen Bereichen gute Tarifabschlüsse. Wenn die Medien von Beschreibungen der Situation bei VW und der wirtschaftlichen Entwicklung dominiert sind, dann macht sich dieses Unsicherheitsgefühl auch bei den Kolleginnen und Kollegen breit. Wir haben dazu als DGB viele Veranstaltungen durchgeführt. Da waren Menschen, die gesagt haben, womit sie zu kämpfen haben und womit sie konfrontiert sind. Dadurch ist uns die missliche Lage klargeworden. Deswegen haben wir uns als DGB zum Beispiel auch sehr positiv zu den Paketen geäußert, die, auch regierungsseitig, zum Beispiel in der Energiekrise geschnürt wurden. Das sind Interventionen, die geholfen haben. Wir glauben, dass wir, auch um die Binnennachfrage zu stützen, als Gewerkschaften den Kolleginnen und Kollegen weiterhin sichere Wege aufzeigen müssen. Ein sicherer Arbeitsplatz ist vor allem anderen die Basis dessen.

Fazit: Nur gute Tarifpolitik wird es nicht richten, sondern gerade auch die Arbeitsplatzsicherheit spielt dabei ebenso eine sehr große Rolle wie der Umstand, dass die Menschen insgesamt Zuversicht haben. Zuversicht wirkt sich sicherlich auch positiv auf den Konsum aus. Das sind meine Teilantworten dazu.

Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.

auch für den Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 3

Anwesend:

- Benedikt Hüppe, Hauptgeschäftsführer

Benedikt Hüppe: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank, dass auch wir die Möglichkeit hatten, Stellung zu nehmen. Sie haben die schriftliche Stellungnahme gesehen. Sie ist umfangreich geworden, weil das Papier sehr fundamentale Themen für uns adressiert, die wir umfangreich beantworten wollten, um Ihnen bestmögliche Orientierung zu geben.

Ich beginne mit der Feststellung, dass dieser Antrag nicht nur die richtigen Themen adressiert, sondern auch essentielle Impulse setzt, über die wir diskutieren sollten. Wir sollten einen politischen Lösungsraum öffnen und uns mit diesen Themen in den Parlamenten auseinandersetzen.

Die anderen Angehörten haben es bestätigt, und auch ich möchte es bestätigen: Das Thema Nummer eins ist Energiepolitik, also sind die Energiepreise und die Fragen, wie wir unsere Energie eigentlich zukunftsfähig beziehen, wie Unternehmen auch bei großen Energieabnahmemengen zukunftsfähig produzieren können. Sie alle kennen wahrscheinlich die hohe Komplexität, in der wir uns dabei bewegen. Sie alle kennen die große regelrechte Regulierungswut. Es gibt Ausnahmeregelungen, es gibt Unterstützung, es gibt Zusatzbelastungen etc. pp., also eine hoch-

komplexe Umgebung. Das macht es für Unternehmen, gerade aus der Grundstoffindustrie, aktuell schwierig, das Thema Vertrauen und das Thema Verlässlichkeit bei konzerninternen Investitionsentscheidungen vernünftig zu transportieren. Ich führe hierzu ein Beispiel an: Wenn Sie in der Diskussion das Risiko sehen, nicht zu wissen, wie sich Netzentgelte entwickeln, und es nicht klar benennen können, dann haben Sie im internationalen Vergleich schon aufgrund dieser Unsicherheit von vornherein das Nachsehen.

Deswegen ist mein Petikum - deshalb begrüße ich es sehr, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben -, darüber nachzudenken, was wir konkret tun können - und zwar nicht nur „konkret“ im Sinne von Aufforderungen an die neue Bundesregierung, sondern eben auch was wir selbst im Land Niedersachsen tun können. Darauf geht dieser Antrag ein.

Ich möchte Ihnen hierzu noch ein oder zwei konkrete Beispiele nennen, um zu unterfüttern, warum unsere Position so ausgefallen ist.

Stichwort Nummer eins. An verschiedenen Stellen kommen der Netzausbau und die Netzentgelte zum Tragen. Wir haben in der heutigen Anhörung dazu schon ein paar Punkte gehört. Für uns entzünden sich Diskussionen beispielsweise an der ganz banalen Frage, wo die Speicher stehen. Steht der Speicher bei dem Industrieunternehmen auf dem Hof oder steht der Speicher bei der Erzeugungsanlage? Sie fragen jetzt wahrscheinlich, worin da der große Unterschied liegt. Der große Unterschied ist, dass das Netz anders ausgelegt werden muss, weil dann, wenn die berühmten Spitzen gefahren werden sollen, also Energie eingespeichert werden soll, das Netz diese Kapazitäten mit abfahren können muss, während dann, wenn die Speicher bei den Erzeugungsanlagen aufgestellt werden, diese schon dort eine Art Pufferfunktion übernehmen können und deshalb das Netz deutlich ausgeglichener belastet werden kann. Wer darüber mit den Netzbetreibern spricht, der erfährt von denen, dass der Netzausbau um bis zu 50 % reduziert werden kann, wenn das Netz als Asset besser ausgelastet wird. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt - nicht um zu sagen, dass dadurch erneuerbare Energien deutlich teurer werden, sondern um zu sagen, dass wir die Infrastruktur, die wir brauchen, volkswirtschaftlich optimieren müssen.

Unser Eindruck ist, dass wir in letzter Zeit sehr viel Tempo aufnehmen wollten - und das zu Recht, weil wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine Vollbremsung hingelegt hatten - und dann, als wir Tempo aufgenommen haben, zumindest auf Bundesebene ein bisschen den Blick dafür verloren haben, wie die Wirkmechanismen untereinander aufeinander abzielen und wie sich das Ganze auswirkt.

Die Frage um den Standort der Speicher, die ich Ihnen gerade skizziert habe, ist gerade Gegenstand unserer sehr intensiven Diskussion mit der Bundesnetzagentur, die wir führen und die auch aus Niedersachsen als dem Energieland Nummer eins in einer positiven Art mitbegleitet werden muss. Denn nur, wenn es uns gelingt, dieses Gesamtsystem am Ende volkswirtschaftlich sinnvoll auf die Beine zu stellen, werden wir daraus auch eine wettbewerblich vorteilhafte Situation erlangen.

Ich führe hierzu das Beispiel der Redispatch-Kosten in Höhe von 3 Milliarden Euro an, das der Ministerpräsident immer anführt. Was wäre denn, wenn es uns gelänge, einen fluktuierenden Strompreis hinzubekommen, mit dem Unternehmen den Redispatch-Strom quasi geschenkt bekämen, um damit zu produzieren, anstatt dass wir ihn einfach als Gesellschaft teuer vergüten

oder sogar die Windräder aus dem Wind drehen müssen, ihn also gar nicht erzeugen, aber trotzdem vergüten müssen.

Das sind Ansätze, über die wir gerne nachdenken wollen und weswegen wir zum Beispiel auch die europäische Initiative des Net Zero Valley unterstützen - einfach um Dinge ausprobieren zu können.

Der nächste Punkt, der in dem Antrag mehrfach adressiert wird, sind die Themen „Bürokratie“ und „Belastungsmoratorien“. Sie können sich vorstellen, dass uns diese Themen ein durchaus attraktives Gefühl vermitteln. Ja, diese Forderungen machen Sinn. Aber ich muss den Kollegen von den Gewerkschaften insofern zur Seite springen, als Bürokratie als solche nicht schlecht ist und nur die Frage, wie Bürokratie ausgestaltet ist und welche Schwerpunkte sie setzt, einer kritischen Überprüfung unterzogen werden muss.

Wir sehen insbesondere in Punkt I. 9 Statistikpflichten einen ganz großen Hebel in Bezug auf die Frage, was eigentlich berichtet wird. Denn darum geht es. Ich tue es als Unternehmen. sowieso Ich handle entsprechend, nur ich muss die Informationen auch noch für jemand Drittes aufbereiten, und zwar nicht stichprobenartig, sodass eine Prüferin/ein Prüfer von mir verlangen kann, nachzuweisen, dass ich gesetzeskonform unterwegs bin, sondern permanent, in einem Dauerprozess. Da sehen wir tatsächlich einen großen Hebel.

Betrachten Sie doch Gesetze wie das Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz! Diese Gesetze entfalten jetzt schon Wirkung, und zwar sehr konkret und in eine Richtung, die uns allen nicht gefallen kann. Ich führe hierzu ein konkretes Beispiel von Kaffeehändlern aus Bremen an, die uns diesen Sachverhalt schon mitgeteilt haben. Ich weiß nicht, ob er hier, in diesem Kreis, schon bekannt ist. Die Kaffeehändler kriegen mittlerweile Probleme, in ihrer Lieferkette von den Primärbauern die Kaffeebohnen zu erhalten. Warum? Weil auch sie als Bestandteile der Lieferkette in eine gewisse Nachweispflicht kommen, nachzuweisen, dass sie keine Kinder beschäftigen, dass sie nachhaltig anbauen etc. pp., und dass diese anbauenden Bauern, die wir schützen wollen - das ist ja die Idee dieses Lieferkettensorgfaltspflichten-Gesetzes -, jetzt sagen: Wenn ich dir Kaffeebohnen liefere, muss ich das dokumentieren, wenn ich einen Wettbewerber aus Asien beliefere, muss ich nicht dokumentieren. Deshalb liefere ich meine Bohnen eben dahin.

Ich habe die große Sorge, dass wir mit Zitronen handeln, wenn wir durch so ein Regime im Grunde das Ziel, das dahinter steht, ad absurdum führen. Deswegen brauchen wir meines Erachtens eine deutlich höhere Treffsicherheit beim Blick darauf, wo gefährdete Branchen sind und wo wir in Statistiken von UN und Co. die Gefahr zum Beispiel von Kinderarbeit sehen und wie wir als Staat mit konkreteren Kontrollen über eine Lieferkette besser, punktgenau untersuchen und dann im Zweifel bei Stichprobenprüfungen, die negativ auffallen, noch stärker beleuchten können, als in eine Art Misstrauenskultur zu verfallen. Das ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt: dass wir das Thema Zuversicht und Vertrauen, konstruktiver, also in einem Miteinander zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, sehen. Mit den Berichtspflichten könnten wir hierzu erstaunlich viel hinbekommen.

Uns ist ein weiteres aufgefallen. Ich bin leider später zu dieser Anhörung erschienen und weiß daher nicht, ob dieser Aspekt von den Vertretern der IHK genannt wurde. Beim Neujahrsempfang der IHK Hannover hat der CEO von Stiebel Eltron noch einmal sehr deutlich gemacht, dass er in einem bestehenden Gewerbegebiet für die Genehmigung einer Zuladungsrampe ein rund

1,5 Jahre andauerndes Genehmigungsverfahren gebraucht hat, und ziemlich offen zugestanden, dass er noch ein halbes Jahr mehr gebraucht hätte, um in einem osteuropäischen Land eine ganze Fabrik zu bauen. Das zeigt das Mismatch, das uns veranlassen sollte, zu prüfen, ob es diese Art von Berichten für die Genehmigung dieser Laderampe wirklich braucht. Wer sich diesen Fall konkret vor Augen führt, der erkennt, dass die zuständigen Beamten, die den Bau der Laderampe genehmigen müssen, aus ihrer Sicht alles richtig gemacht haben. Darin liegt das Paradoxon. Die Beamten haben kein eigenes Incentive, kein Interesse, diese Anlage mit irgendeinem Restrisiko zu genehmigen, sondern sie arbeiten selbstverständlich die geltenden Rechte und Gesetze ab und stellen demgemäß Lärmschutzgutachten etc. in Aussicht oder fordern diese ab, obwohl klar ist, dass im Umfeld Anlagen betrieben werden, die deutlich mehr Lärm erzeugen. Das Problem ist, dass die genehmigenden Beamten den Rechtsrahmen haben. Deswegen müssen Parlamente auch einmal den Mut haben, Dinge auszuprobieren und einfach einmal zu genehmigen. Ich nenne in diesem Zusammenhang das Stichwort Genehmigungsfiktion. Die Niedersächsische Bauordnung ist ein Paradebeispiel dafür, was möglich sein kann, wenn sich die verschiedenen Fraktionen im Landtag einig sind. Wenn sie sich einig sind, wird unter anderem eine Genehmigungsfiktion beschlossen und ein neues Verfahren ausprobiert. Dann wird Vertrauen gelebt und später geprüft, ob dieses Vertrauen missbraucht wurde oder nicht. Ich gehe fest davon aus, dass dieses Vertrauen nicht missbraucht wird, sondern im besten Sinne nach vorne hin genutzt wird. Ich würde gerne mehr von diesen Beispielen sehen.

Da ich gerade dabei bin, zu loben, möchte ich auf die Heimmindestbauverordnung verweisen. Das ist ein Thema, das nicht hierzu gehört, das ich aber trotzdem hier platzieren möchte. Auch hier gab es viele Veränderungen, weil die Verordnung aus unserer Sicht extrem viel Bürokratie für die Pflegebetreiber bedeutet hätte. Auch hier hat sich die Landesregierung positiv, in unserem Interesse, bewegt.

Ich möchte mit diesen Beispielen klarmachen, dass es tatsächlich möglich ist, solche Dinge konstruktiv gemeinsam zu lösen. Wir hatten vorhin über den niedersächsischen Weg gesprochen. Dieser Pragmatismus, dass wir gemeinsam im Interesse der Niedersächsischen und Niedersachsen arbeiten, eint uns. Wir als Unternehmerverbände haben ein hohes Interesse, daran mitzuwirken.

Ich möchte Statistikpflichten im Hinblick auf das sogenannte „Once-Only-Prinzip“ thematisieren. Sie merken, dass ich mich weniger an bundespolitischen Themen und mehr an niedersächsischen Themen abarbeiten möchte. Auch wir in Niedersachsen haben hier Stellschrauben, etwa im Hinblick auf das Stichwort Verwaltungsdigitalisierung, im Hinblick auf die Möglichkeit, Plattformen zu schaffen, zu Konglomeraten zu kommen, zu verschiedenen Synergien zu kommen, etwa auch bei Statistiken. Unser großer Wunsch ist, dass Sie Ihre Möglichkeiten nutzen, die Landesregierung, die Ministerien anzuhalten, sich um diese Themen nachhaltig zu kümmern, und die aktuellen Stände regelmäßig abfragen.

Frau Scherf hat die Bürokratieentlastungsvorschläge der Wirtschaft angesprochen. Auch hierzu würden wir uns von Ihnen eine positive Begleitung, ein Nachfassen wünschen. Wir haben nämlich den Eindruck, dass diese Vorschläge gar nicht so willkommen sind, wie wir sie gerne wahrgenommen hätten. Dieser Aspekt ist von uns mit bestem Wunsch eingebracht worden. Wir hoffen, dass wir konkrete Beispiele benennen können, die zwar keinen kompletten Befreiungsschlag bedeuten, in einzelnen Fällen aber sehr konkret die Absurditäten der Vergangenheit offenbaren, die wir nicht voreinander bekommen haben.

Vielleicht für Sie etwas überraschend möchte ich einen Hinweis zum Solidaritätszuschlag geben. Wir sprachen gerade über die Finanzierbarkeit von verschiedenen Modellen. Ich möchte Sie bitten, darüber nachzudenken, ob die Abschaffung eines Solidaritätszuschlages tatsächlich ein kluger Weg ist oder ob man ihn nicht mit einer anderen Schwerpunktsetzung, mit einer vielleicht sogar regelmäßig anderen Schwerpunktsetzung beibehalten sollte, ihn nämlich immer dann, wenn unsere Volkswirtschaft besondere Bedarfe hat, dafür einzusetzen und dafür quasi umzuwidmen. Der Solidaritätszuschlag wurde damals übrigens mit überwältigender Zustimmung in der Bevölkerung für den Aufbau Ost eingesetzt - mit einer überwältigenden Zustimmung, weil die Notwendigkeit erkannt worden war. Man könnte auf die Idee kommen, dass der Solidaritätszuschlag jetzt dafür genutzt werden könnte, unser Energiesystem fit für die Zukunft zu machen oder jetzt bestimmte Transformationsschritte - „Fit für die Zukunft“ - zu gehen. Ich glaube, dass ein Verzicht auf diese Abgabe der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger dazu führen würde, dass wir sie nie wieder zurückbekämen. Ich möchte diese Diskussion lieber auf einem konstruktiv nach vorne zeigenden Weg führen, als dass wir nachher darüber reden müssen, zu reduzieren.

Ich möchte noch auf das Thema „Strukturprobleme in der deutschen Wirtschaft“ eingehen. Ich teile die Einschätzung, dass es Strukturprobleme gibt. Wir sind nicht in einer Konjunkturflaute, aus der wir durch Gegeninvestitionen ohne weiteres wieder herauskommen würden. Wir sehen tatsächlich strukturelle Probleme im Sinne von Arbeitskosten, im Sinne von Standortkosten, die wir durch einfaches Zusatzfinanzieren nicht werden überbrücken können. Deswegen stehen wir aus unserer Sicht vor sehr schmerzhaften Strukturveränderungen. Dementsprechend ist die Diskussion über eine Schuldenbremse nur teilweise richtig, weil sie aus unserer Sicht das Problem nicht an der Wurzel packt. Wir müssen das Thema „Strukturelle Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“ noch einmal anders in den Blick nehmen und darüber hinaus natürlich Investitionen anreizen. Aber wir werden die strukturellen Probleme, die wir erkennen und die Sie der Stellungnahme entnehmen können, nicht nur mit Geld finanzieren können. Wir werden darüber hinaus ein paar strukturellere Maßnahmen ergreifen müssen.

Deswegen sind wir auch davon überzeugt, dass wir derzeit eine klare Angebotspolitik brauchen. Warum? Weil es eben nicht hilft, wenn Volkswagen in Deutschland die Fahrzeuge zum Beispiel mit einem Steuervorteil oder mit einem Zuschuss an die Verbraucherinnen und Verbraucher verkaufen kann, sondern das Fahrzeug muss weltweit wettbewerbsfähig sein. Wir wissen doch alle, dass Volkswagen weltweit unterwegs ist. Dementsprechend muss dieser Konzern in der Lage sein, ein weltweit wettbewerbsfähiges Fahrzeug produzieren und verkaufen zu können und das eben nicht nur am deutschen Standort.

Dasselbe gilt natürlich auch für den Maschinenbau, der ebenfalls schon genannt worden ist. Wir sind weltweiter Industrieausrüster. Die Hannover Messe zeigt jedes Jahr, welche Potenziale in dieser Branche stecken. Wir haben aus meiner Sicht die große Notwendigkeit, diese Unternehmen derart aufzustellen und ihnen Rahmenbedingungen zu geben, dass sie mit der höchsten Technologie und mit der besten Fabrikautomatisierung auf der Welt erfolgreich sind, um im Interesse des Klimaschutzes beispielsweise die effizientesten Anlagen auf der Welt mit auszustatten und auszurüsten. Dafür hätte ich am liebsten nicht nur die Ingenieurleistung in Deutschland und die Herstellung und das Engineering am Ende im Ausland, sondern das soll, so gut es geht, in einer zentralen Lieferkette hier passieren.

Als abschließenden Punkt habe ich mir „Chance“ notiert. Ich habe gerade versucht, es am Beispiel der auf der Hannover Messe ausstellenden Unternehmen zu zeigen. Es ist tatsächlich eine Chance, die sich uns bietet, wenn wir diesen Technologien den Raum geben und diesen Weg auch gemeinsam beschreiten.

Deswegen möchte ich gerne mit einem Zitat eines Politikers der antragstellenden Partei schließen. Ludwig Erhard hat damals gesagt hat: „Wohlstand für alle“ und „Wohlstand durch Wettbewerb“. Ich finde diese Aussagen deswegen so treffend und auch nach wie vor treffend, weil die erste das Postulat kennzeichnet, was als Ziel formuliert ist, nämlich Wohlstand für uns alle, und die zweite den Weg dahin beschreibt, dass es eben am Ende auch eine Wettbewerbssituation ist, in der wir uns befinden und der wir uns stellen müssen. Insofern sage ich Ihnen ganz lieben Dank, dass Sie mir zugehört haben, und freue mich auf Ihre Fragen.

Abg. **Christian Frölich** (CDU): Herr Hüppe, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, die sich weitestgehend mit unserem Antrag decken. Mich interessiert Ihr Hinweis, dem Solidaritätszuschlag einen neuen Verwendungsschwerpunkt für die Herausforderungen zu geben, vor denen wir stehen. Würde das im Umkehrschluss dann bedeuten, dass der Solidaritätszuschlag wieder über die gesamte Bevölkerung ausgerollt wird?

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Herr Hüppe, ich habe zwei konkrete Nachfragen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme die möglichen Veränderungen in den USA - höhere Zölle - angesprochen. Wie beurteilen Sie die niedersächsische Position im Rahmen Deutschlands? Würde es Niedersachsen stärker treffen als andere, wenn es zu Zöllen oder Ähnlichem kommt?

Sie haben die Forderung nach privater Investitionstätigkeit angesprochen. Sie sind ein Verband, der nicht nur Interessen der Industrie, sondern auch Interessen der mittelständischen Wirtschaft in ihrer ganzen Tiefe vertritt. Welche Bedeutung könnten dabei zum Beispiel ÖPP-Projekte einnehmen? Inwieweit könnten die großen Investitionen in der Zukunft mit nutzerfinanzierten Entgelten zum Beispiel im Rahmen von ÖPP-Projekten verwirklicht werden? Denn das würde zu einer erheblichen Beschleunigung beitragen. Ich erinnere an den Schub für den Ausbau der A31, den es in meiner Region dadurch gegeben hat, dass wir uns mit der örtlichen Wirtschaft committed haben. Auf diese Weise könnten viele Dinge entfacht werden, mit dem Ergebnis, dass sie schneller und günstiger fertiggestellt werden könnten.

Benedikt Hüppe: Die Fragen beantworte ich sehr gerne. Der Gedanke zum Solidaritätszuschlag ist, wie ich in dieser Runde offen bekennen muss, in unserem Kreis nicht abschließend diskutiert. Für uns ist das aber wirklich eine Frage, die die Zeit lohnt, darüber ernsthaft zu diskutieren. Warum? Weil die Entscheidung über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags nach unserer Wahrnehmung unumkehrbar ist, allein schon bedingt durch die politische Mehrheit.

Warum kommen wir darauf, anzuregen, noch einmal nachzudenken, den Solidaritätszuschlag beizubehalten? Diese Anregung gründet auf der Erfahrung aus unserer Geschichte, dass eine deutsche Gesellschaft - ebenso wie auch andere Gesellschaften - durchaus erkennen kann, ob es die Notwendigkeit für zusätzliches Engagement durch die eigene Person gibt. Dieses eigene Engagement kann zum Beispiel in Form einer zusätzlichen Steuerlast bestehen, die zeitlich begrenzt ist. Das wichtige Signal ist, dass die Steuerlast zeitlich begrenzt ist. Wir geben das Geld dann für eine bestimmte Sache aus. Ich teile Ihre Ansicht im Hinblick darauf - und ich sehe den kritischen Blick -, dass fraglich ist, ob diese Abgabe dann wirklich zeitlich begrenzt sein wird. Für

mich aber ist das etwas, was kommunikativ funktioniert. Wenn man mir sagt, dass ich ab jetzt ein paar Euro mehr zahlen muss, damit der Staat die Möglichkeit hat, die Infrastruktur für meine Kinder vernünftig herzurichten, zum Beispiel um Kita-Plätze oder Schulen besser auszustatten - um niedersächsische Themen zu nennen -, dann habe ich einen höheren Anreiz, mich solidarisch bereitzuerklären, meinen Beitrag zu leisten, als wenn gesagt würde, dass die Wiederherstellung der Infrastruktur irgendwie aus Steuermitteln finanziert wird und dieser Bedarf somit im Wettbewerb mit anderen Bedarfen konkurrieren muss. Wenn der Solidaritätszuschlag dafür verwendet würde, hätte derjenige, der den Solidaritätszuschlag leisten müsste, das Gefühl, dass er persönlich einen positiven Beitrag leisten würde. Das ist mehr Psychologie, als dass es vielleicht auf den ersten Blick erscheint. Aber wir diskutieren ja auch generell regelmäßig darüber, wie hoch der Anteil an Psychologie in der Wirtschaft ist.

Herr Hilbers, nun antworte ich auf Ihre Frage nach der Gefahr der Einführung von Zöllen durch die USA. Wir haben nicht nur negative Erwartungen. Ja, natürlich werden uns Zölle heftig treffen, wenn ich an den Automobilexport denke. Ich könnte mir auch vorstellen, dass die Einführung von Zöllen auch die Ernährungsindustrie treffen würde, die in Niedersachsen ebenfalls ein sehr wichtiger Wirtschaftszweig ist.

Aber lassen Sie uns doch einen genauen Blick auf unsere Unternehmenslandschaft werfen. Wir sprachen vorhin über die Toptechnologieunternehmen - solche Unternehmen haben wir auch hier in Niedersachsen. Ich denke in dem Zusammenhang zum Beispiel an Unternehmen aus dem Bereich der Fabrikautomatisierung. Die Amerikaner haben in der Vergangenheit - und ich erwarte das auch für die Zukunft - immer dann eine Ausnahmeregelung bei Strafzöllen getroffen, wenn es Technologie betraf, die sie selbst nicht herstellen konnten. Sie trafen Ausnahmeregelungen, um sich nicht selbst zu beschneiden. Es gilt, diese Lücke in der Zollmauer zu finden. Ich habe eine hohe Motivation, dass niedersächsische Unternehmen in der Lage sind, den Amerikanern solche Angebote zu unterbreiten.

Die Strafzölle auf Stahl und Aluminium haben uns alle in Aufruhr versetzt. Glücklicherweise hat die amerikanische Industrie aber keine Strafzölle erlassen, sondern einfach ihre Preise um 25 % erhöht, sodass wir in den USA wieder ein Level Playing Field hatten. Mit anderen Worten: Es gab bei unserer Industrie durchaus große Sorgen, die sich am Ende zum Glück nicht bewahrheitet haben. Ich argumentiere aber trotzdem lieber vorsichtig, als gleich Hurra zu schreien und zu sagen: Lasst die Amerikaner tun, was sie möchten! - Ganz im Gegenteil. Wir sind nach wie vor Exportnation und brauchen das Level Playing Field auf Basis der WTO-Spielregeln und nicht Machtdemonstrationen großer eigener Industrienationen.

Herr Hilbers fragte abschließend nach ÖPP-Projekten und wie wir auf diesem Gebiet enger zusammenarbeiten könnten. Unsere Organisation mit ihren 100 Mitgliedsverbänden ist ebenso wie ich großer Anhänger von ÖPP-Projekten, weil im Grunde genommen genug Kapital da ist. Wir haben auch große Bedarfe, Kapital anzulegen und schneller und besser zu werden.

Ich möchte bei der Beantwortung Ihrer Frage nach dem Infrastrukturausbau aber noch einmal einen Schritt zurückgehen. Wer mit größeren Industrieunternehmen spricht, die Autobahnbau betreiben, der erfährt, dass - mit dem dicken Daumen gerechnet - tatsächlich ein großer Anteil von Kosten - bis zu 50 % - eingespart werden kann, wenn man die bürokratischen Hürden und die Genehmigungskosten senkt, und dass teilweise, je nach Autobahnabschnitt, 50 % der Kosten für Planung, Gutachten etc. verwendet werden und nur die anderen 50 % für Beton und den

Unterbau dieser Straßen verwendet werden. Wenn wir dahin kämen, dann hätten wir auch eine ganz andere Diskussion über Kosten, die erforderlich wären, um unsere Infrastruktur instand zu setzen.

Sie kennen den Zustand der Autobahnbrücken; wir haben das auch in unserer Stellungnahme erwähnt. Wenn wir da zu einem seriellen Bauen kommen, wenn wir es ermöglichen, dass Ersatzbauten keine anderen Genehmigungsverfahren brauchen als die, die sie ohnehin schon einmal durchlaufen haben, dann werden wir über einen ganz großen Hebel nicht nur auf der Temposeite, sondern auch auf der Kostenseite verfügen. Ich finde, dass es sich lohnt, darüber ernsthaft nachzudenken. Denn die Brücke war vorher da, und sie soll danach immer noch da sein. Es macht durchaus Sinn, einen Brückenaustausch anders zu prüfen als einen kompletten Neubau.

Abg. Reinhold Hilbers (CDU): Sie haben in Ihrer Stellungnahme in Bezug auf Energiepreise die Frage aufgeworfen, ob zukünftig verstärkt auf Freileitungen anstatt auf Erdverkabelung gesetzt werden sollte. Haben Sie Größenordnungen, wie hoch das Gap, das dadurch generiert werden könnte, wäre und inwieweit das den Strompreis und die Investitionskosten beeinflussen würde?

Abg. Christoph Bratmann (SPD): Herr Hüppe, ÖPP wird von vielen Kommunen erfolgreich praktiziert. ÖPP wird häufig ideologisch diskutiert. Für die einen ist es Teufelszeug, für die anderen ist es das Allheilmittel. Meines Erachtens liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte. Es gibt Beispiele für gelungene ÖPP-Projekte, es gibt aber auch Beispiele für misslungene zulasten der Kommunen. Grundsätzlich aber ist es richtig, wenn öffentliches Kapital private Investitionen hebt und sich aus beidem ein gutes Zusammenspiel ergibt. Das ist unterstützenswert.

Ich möchte einen anderen Aspekt ansprechen, der zwar nicht der Kerngegenstand des Antrags ist, in Ihren Ausführungen aber eine große Rolle gespielt hat. Ich meine die Transformation. Ich finde es bemerkenswert, dass sich der UVN so sehr klar zur Transformation bekennt. Herr Speidel hat vorhin schon gesagt, dass man es sich auf Arbeitnehmer- wie auch auf Arbeitgeberseite hätte einfach machen können, indem man das machte, was gerade populär bzw. populistisch wäre, nämlich die Transformation in Zweifel zu ziehen oder ihr aber eine Absage zu erteilen. Es gibt im Moment bekanntlich leider sehr starke politische Kräfte, die die Transformation grundsätzlich infrage stellen und die Ansicht vertreten, dass wir weiterhin gut damit fahren, wenn wir alles so wie bisher weitermachen. Das aber wird nicht der Fall sein. Es gibt Betriebe, die die Chancen erkennen, es gibt aber auch Betriebe, die im Moment eher die Gefahr großer Probleme befürchten. Wir haben uns damit auch schon im Gespräch mit NiedersachsenMetall befasst. Es gibt also Gewinner und Verlierer. Wie ist die Stimmung bei den UVN, was das Thema Transformation angeht? Würden sich alle Betriebe hinter diesen Ausführungen versammeln, oder gibt es dazu auch wirklich kritische Stimmen?

Benedikt Hüppe: Herr Hilbers, in der Diskussion darum, ob Stromtrassen ober- oder unterirdisch verlaufen sollten, sind wir ja nicht alleine. Die Diskussionen sind zuletzt meines Wissens von Herrn Meyerjürgens ganz prominent wieder angestoßen worden. Ich möchte dazu etwas sehr Wichtiges ausführen. Ich hoffe, diese Aussage ist in der schriftlichen Stellungnahme ausreichend deutlich geworden. Wir möchten auf keinen Fall an aktuell genehmigte oder in der Planung bestehende Verfahren von Erdverkabelungen eingreifen! Wenn diese Verfahren noch einmal aufgemacht würden, würden wir Jahre bis Jahrzehnte verlieren! Es geht uns darum, bei den Verfahren, die noch nicht gestartet sind, aber die erwartbar werden kommen müssen, im Hinblick

auf Kostenstrukturen, Zeit und Tempo beim Ausbau darüber nachzudenken, ob ab 2030 bei Verfahren, mit deren Planung noch nicht begonnen worden ist, der Erdkabelvorrang grundsätzlich in Zweifel gezogen wird und stattdessen einer Freileitung der Vorrang eingeräumt wird, weil es dazu mehr Erfahrungen gibt, deren Wartung schneller durchzuführen ist und deren Auf- und Umbau schneller vollzogen werden kann. Im Übrigen kennen Sie die Diskussion mit der Landwirtschaft: Der Eingriff in den Boden erfolgt bei Erdverkabelung in einer ganz anderen Dimension. - Das alles sind Faktoren, die uns zu der Überlegung veranlassen, wie Politik wieder in die Vorhand kommen kann, um nicht mehr im Feuerwehrmodus auf aktuelle Krisen reagieren zu müssen, sondern wieder mehr darauf zu achten, was volkswirtschaftlich das Optimum ist, mit dem wir unterwegs sein können. Dazu gehört eben in bestimmten Regionen eine Freileitung, während es in anderen Regionen das Erdkabel sein mag. Wir plädieren dafür, hierzu bewusste Entscheidungen zu treffen und nicht per se einen Vorrang für die Verlegung von Erdkabeln einzuräumen. Dabei gilt es zu bedenken: Die Unternehmen, die diese Kabel produzieren, sind natürlich mit einer Langfristperspektive unterwegs, sodass auch hier wieder das Stichwort Planungssicherheit relevant ist.

Herr Bratmann, auf Ihre Frage, wie die Unternehmen zur Transformation stehen, kann ich Ihnen mittlerweile eine ziemlich klare Antwort geben: Ich kenne kein Unternehmen, das nicht in irgendeiner Form einen Plan in der Schublade hat, wie es sich für diese klimaneutrale Industrie im Jahre 2050 vorbereitet. Die Herausforderung ist, den Weg dahin so zu beschreiben, dass während der Transformation noch genug Geld verdient wird, um die Investitionen weiterhin aufrechtzuerhalten, und dass es Rahmenbedingungen gibt, die so verlässlich sind, dass Investitionen, die teilweise 30 Jahre abgeschrieben werden, auch irgendwann „ins Geld kommen“. Das ist ganz wichtig und gerade für die Grundstoffindustrie mit ihren hohen Investitionen wichtig.

Deswegen ist für uns der Weg der Transformation unumkehrbar. Wenn Sie sich vor Augen führen, welche Milliardensummen an Euros die Privatwirtschaft mittlerweile in eine klimaneutrale Industrie investiert hat, dann wird klar, dass Sie das nicht mehr von heute auf morgen umdrehen können, ohne diese Unternehmen mit diesen Abschreibungen derart an die Wand zu fahren, dass sie dann in ganz andere Dimensionen kommen. Für uns ist es ganz maßgeblich, dass es einen Rahmen gibt, der dafür sorgt, dass Transformation wirtschaftlich funktioniert. Es gibt ein paar Themen, die aus unserer Sicht nicht funktionieren, beispielsweise gerade der Strompreis. Wir brauchen die Verlässlichkeit insofern, als dann, wenn auf Bundesebene beispielsweise über Transformationspolitik diskutiert wird, nicht das Ziel infrage gestellt wird und damit jede einzelne Maßnahmendiskussion automatisch eine Zieldiskussion wird, sondern dass wir eine klare, gemeinsame Vision haben - die Vision, dass wir 2050 klimaneutral sind. Dann können wir über Hebel wie einen CO₂-Preis usw. als Unternehmen in ein gewisses Hatching gehen und damit arbeiten, weil es sich um marktwirtschaftliche Instrumente handelt. Dann können wir vieles des Mikro-Managements der Vergangenheit, mit dem wir sehr spitz auch in Branchen eingegriffen haben, beiseiteschieben und damit für einen großen Beitrag zur Entbürokratisierung sorgen.

Gestatten Sie mir eine letzte Aussage zum Stichwort Transformation. Es ist die Erwartungshaltung vieler Unternehmen, dass wir First Mover sein wollen. Dann ist es wieder eine Frage des politischen Vertrauens, ob man sich auf die politische Botschaft, die dazu veranlasst hat, aktiv zu werden und Geld zu investieren, weiterhin verlassen kann oder ob das am Ende etwas ist, bei dem man immer nur auf Sicht fahren kann. Meines Erachtens muss die Politik ganz dringend wieder mehr Vertrauen gewinnen. Mehr Leistungsfähigkeit in der Zukunft bedeutet heute zu

tätigende Investitionen. Dafür müssen wir - das ist das wesentliche Thema beim Strompreis - die Operationskosten im Griff behalten. Es nützt nichts, wenn die Anlage schon dasteht und nicht wettbewerbsfähig ist; denn dann wird gar nicht mehr in eine neue investiert werden.

Vors. Abg. **Stefan Klein** (SPD): Vielen Dank an alle, dass Sie sich die Zeit genommen haben, heute hier dabei zu sein. Die Informationen, die wir heute bekommen haben, waren sehr interessant, die Auffassungen waren kontrovers, enthielten aber auch viele Gemeinsamkeiten. Ich beende die Anhörung zu dem Antrag der CDU-Fraktion.

Tagesordnungspunkt 2:

Terminangelegenheiten

a) Vorschläge für auswärtige Sitzungen

Seitens der Fraktion der SPD werden genannt:

- Stiebel Eltron GmbH & Co. KG, Holzminden,
- Lieken-Quartier, Achim, und
- J. H. Tönnjes GmbH, Delmenhorst.

Seitens der Fraktion der CDU werden genannt:

- Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Hannover,
- Airbus, Werk Stade,
- DOW, Werk Stade, sowie
- Meyer-Werft Papenburg.

Auswärtige Sitzungen sind für den 21. März, 20. Juni, 5. September und 14. November 2025 geplant.

Auf Anregung von Vors. Abg. **Stefan Klein** (SPD) vereinbart der **Ausschuss**, dass die Arbeitskreissprecher die Vorschläge am Rande des Januar-Plenums noch einmal erörtern.

b) Besuch der Hannover Messe 2025

Vors. Abg. **Stefan Klein** (SPD) weist darauf hin, dass für den Besuch der Hannover Messe 2025 der Sitzungstermin am 4. April 2025 vorgesehen sei. Er bittet die Landtagsverwaltung, den Arbeitskreisen die Ständeübersicht zu übersenden, und die Arbeitskreise, eine Auswahl über die Stände zu treffen, die der Ausschuss besuchen will.

Dem Vorschlag des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz, die Messe gemeinsam zu besuchen, gegenüber übt sich der **Ausschuss** in Zurückhaltung. - Vors. Abg. **Stefan Klein** (SPD) führt an, dass der Umweltausschuss bei der Auswahl der zu besuchenden Messestände vermutlich andere Schwerpunkte als der Wirtschaftsausschuss setzen werde. - Abg. **Colette Thiemann** (CDU) gibt mit Zustimmung mehrerer Ausschussmitglieder unter Hinweis auf frühere Messebesuche zu bedenken, dass eine zu große Besuchergruppe den Meinungsaustausch an den Messeständen erschwere.
